

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltene Zeitspalte oder deren Raum 25 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 164.

Montag, den 16. Juli 1917.

24. Jahrg.

Dr. Georg Michaelis, Reichsfinanzminister.

„Mit schwerem Herzen“, wie er selber schreibt, hat sich Wilhelm II. von Herrn von Bethmann-Hollweg getrennt. An seine Stelle ist der bisherige Unterstaatssekretär im preussischen Finanzministerium und Staatskommissar für das Ernährungswesen Dr. Georg Michaelis zum Reichsfinanzminister, preussischen Ministerpräsidenten und Minister der auswärtigen Angelegenheiten Preußens ernannt worden. Die Kanzlerkrise ist zu Ende. Des Reiches nächster Kanzler, seit erster bürgerlicher Kanzler hat die Last des schwersten Amtes der Welt auf sich genommen.

Das Programm des neuen Reichsfinanzministers kennt noch niemand. Besteht parlamentarische Regierungsweise darin, daß die Volksvertretung entscheidenden Einfluß auf die Wahl des Mannes an der Spitze der Verwaltung hat, so war die Berufung von Michaelis noch weniger parlamentarisch als die Entlassung Bethmanns, dem eigentlich nur eine Minderheit des Parlaments das Vertrauen verweigert hatte. Beugte sich aber der Parlamentarismus damit, daß der Reichsfinanzminister seine Geschäfte im Einvernehmen mit der Parlamentsmehrheit führt und aus dem Amte scheidet, so bald er das Vertrauen des Reichstages nicht mehr genießt, dann scheinen wir mit Dr. Georg Michaelis noch klarer und tiefer in die parlamentarische Regierungsweise hineingekommen zu sein als ehemals unter Bülow und Bethmann. Das Wachsen der Macht des Reichstages liegt auf der Hand; schon auf dem Jenaer Parteitag von 1905 hat August Bebel festgestellt, daß in den fast 40 Jahren, die er dem Parlament damals angehört, dessen Einfluß auf die Entscheidungen immer größer geworden sei; in der Kriegszeit ist diese Entwicklung sprunghaft schnell vorwärts gekommen, und eine feste Reichstagsmehrheit kann heute ungefähr alles erreichen, was sie bestimmt will. Dr. Michaelis hat es denn auch für richtig befunden, sofort in lange Unterhandlungen mit den Mehrheitsparteien des Reichstages, Sozialdemokratie, Fortschrittler und Zentrum einzutreten; er wird sich wohl heute schon darüber klar sein, daß er ohne Umschweife ihrem Streben nach dem Verständigungsfrieden ohne Entschuldigungen und Anzweiflungen sich anschließen und die preussische Wahlreform des gleichen Rechtes so rasch wie möglich durchführen muß, wenn er im Amte bleiben will.

Im übrigen ist Dr. Michaelis politisch bisher wenig hervorgetreten. Er wird sich für das Einarbeiten auf dem Gebiete der Außenpolitik aber auch der Innenpolitik eine Frist aussuchen müssen. Nach der Zustimmung zur Friedensformel und der Verpflichtung aufs gleiche Wahlrecht dürfte daher der Reichstag die Kriegskredite bewilligen und die Sommer-tagung ohne allzu langen Aufenthalt schließen. Über die Ereignisse drängen, das Volk verlangt Taten der Neuordnung. Von einer Pause bis zum Oktober wird daher keine Rede sein dürfen. Sobald als möglich, spätestens um die September-Mitte wird der Reichstag erneut zusammentreten müssen.

Der einzige politische Akt, bei dem Dr. Michaelis bisher hervorgetreten ist, war die bekannte Rede bei der Uebernahme seines Amtes als Ernährungsminister im preussischen Abgeordnetenhause am 7. März d. Js., in der er sagte:

„Das graue Elend, was käme, wenn wir mit einem Male im Laufe der letzten Monate des Kriegsjahres merkten: es reicht nicht, es geht nicht durchzuhalten — das Elend, was dann käme, ist nicht zu beschreiben, und darum stellen wir den Gedanken, was werden sollte, wenn es nicht gelänge, die nötige Nahrung für unser Volk zu beschaffen, bei Seite und stellen den Gedanken in den Vordergrund, den wir brauchen, damit wir arbeitsfreudig bleiben und daß wir von uns aus das Gefühl der Sicherheit und Beruhigung in die hineinbringen, die es von der Staatsregierung erwarten. Das ist der Sieg auch auf dem inneren Gebiet. Dieser Sieg auch auf dem inneren Gebiet steht mir vor Augen und meine volle und schwere Verantwortung vor Gott und dem Volke; weiter nichts! Und Sie können es mir glauben: mich reizt keiner! Wer mich kennt, weiß das. Ich übernehme kein Amt, das ein Schwert ohne Schärfe ist, und ich behalte auch kein Amt, das mir irgend wie nach dieser Richtung das Schwert stumpf machen wollte.“

Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß diese Rede vor allem dazu beigetragen hat, daß Dr. Michaelis jetzt den weiten Sprung vom Unterstaatssekretär zum Reichsfinanzminister gemacht hat. Man muß ihm auch zugeben, daß er wahr gemacht hat, was er damals versprochen: er hat mit rücksichtsloser Schärfe zugegriffen und erreicht, daß bei allem Ernährungsminister das Brotgetreide nicht nur hingereicht, sondern auch als Ersatz für die Kartoffeln hat helfen können. Als preussischer Ernährungsminister hat insbesondere nach den Munitionskrisen Dr. Michaelis vielfach mit den Vertretern der Arbeiter zusammengewirkt und bei ihnen häufig Zustimmung, sogar Vertrauen zu erwerben verstanden.

Was er auf seinem neuen, erhöhten Posten leisten wird, muß er erst nach jeder Richtung hin zeigen. Ohne Vorurteil oder Zuneigung steht ihm die Sozialdemokratie, stehen ihm wohl auch die anderen Parteien gegenüber. Für die Besserung der Friedensausichten hat der Reichsfinanzminister, wie wir das stets vorher gesagt haben, in keiner Weise gemerkt. Nicht wegen der Person des neuen Kanzlers, sondern weil überhaupt die ganze Krise den Eindruck der Unfähigkeit und Zerrissenheit gemacht und die Hoffnung der Feinde auf

die von ihnen erstrebte Niederrückung Deutschlands verstärkt hat. Hoffentlich gelingt es dem neuen Kanzler, gleichwohl den Weg zum baldigen Frieden zu finden. Jenehr er durch klare und feste Entschlossenheit bei der Durchführung der Demokratisierung Deutschlands die Einigkeit und Widerstandsfähigkeit unseres Volkes stärkt, um so eher wird ihm das möglich sein. Nach dem ehrlichen Zauderer Bethmann, der zuletzt das Richtige wenigstens erkannt hatte, bedürfen wir des Mannes der Tat, der das Notwendige schnell und bestimmt vollbringt.

Personliches von neuem Reichsfinanzminister.

Dr. Georg Michaelis steht im 60. Lebensjahre; er wurde 1857 in Hannau in Schlesien geboren und steht seit 38 Jahren in preussischem Staatsdienst, in dem er langsam von Stufe zu Stufe aufgestiegen ist. Während des Krieges hat er als Leiter der Reichsgetreidebestelle und preussischer Ernährungsminister erfolgreich gearbeitet. Von seinen sechs Kindern ist ein Sohn im Kriege gefallen. Persönlich gilt Michaelis als ganz einfach und schlicht, als durchaus ununterschiedlich. Er ist stark religiös und gehört einer der Brüdergemeinden innerhalb der preussischen Landeskirche an. Seine ausgeprägten positiv-christliche Gesinnung kam in den letzten Jahren vor dem Krieg in seinen Bemühungen zum Ausdruck, das Studentenleben ethisch zu reformieren. Den christlichen Gewerkschaften soll er besonders freundlich gegenüber stehen und auch für ihr soziales wie für ihr politisches Programm Verständnis gezeigt haben. Im übrigen ist er natürlich politisch ein ziemlich unbeschriebenes Blatt und muß sich erst durch seine Taten als Kanzler ausweisen.

Die Presse über den neuen Kanzler.

Im allgemeinen hat der neue Kanzler eine „gute“ Presse. Der „Vorwärts“ schreibt über ihn: „Außerhalb der agrarischen Kreise, die ihm seine Feilstellungen über die Verfüterung von Brotgetreide an das Vieh verübelt haben, hat der neue Reichsfinanzminister keine politischen Gegner. Man weiß von ihm, daß er scharf zupackt. Mehr weiß man von ihm nicht. In der nächsten Reichstagsitzung, voraussichtlich am Donnerstag, wird sich der neue Reichsfinanzminister über seine Politik genauer aussprechen. Dann wird sich auch zeigen, wie sich die Sozialdemokratie zu ihm stellt.“

Die Mitarbeiter des neuen Reichsfinanzministers.

Eine Entscheidung, die für sein politisches Schicksal wahrscheinlich schon ausschlaggebend ist, hat der neue Reichsfinanzminister bei der Wahl seiner Staatssekretäre und Minister getroffen. Daß Staatssekretär Zimmermann vom Auswärtigen Amt gehen muß, ist gewiß. Als sein Nachfolger wurde der bisherige deutsche Gesandte in Kopenhagen Graf Brodorff-Kankau genannt, der persönlich ein merkwürdiger Gegensatz zum neuen Reichsfinanzminister wäre. Zwanzig Jahre jünger als dieser, Freigeist wie dieser gläubiger Christ, Weltmann wie dieser Beamter, Weltbürger wie dieser Preuze. Trotzdem wäre die Ergänzung vielleicht nicht schlecht, denn zur Durchführung der Neuordnung braucht man unbedingt einen Mann, der die preussische Verwaltung von innen her so genau wie möglich kennt — deshalb war auch Hertling als Reichsfinanzminister unmöglich — und für die Förderung des Friedens tut ein Mann not, der die Welt namentlich aus den demokratischen Ländern her kennt. Neuerdings wird neben Graf Kankau auch Admiral von Hinzke, der gegenwärtige deutsche Gesandte in Christiania, viel genannt. Das wäre die denkbar ungünstigste Wahl, die Michaelis treffen könnte. Hinzke gilt einmal, gleichviel ob mit Recht oder Unrecht, von der ersten russischen Revolution des Jahres 1905 her, als extremer Reaktionsär, und seine Herkunft aus der Marine würde ihm gewiß die diplomatische Arbeit auch nicht erleichtern. Die Wahl des Staatssekretärs für das Auswärtige ist für Dr. Michaelis um so wichtiger, als er sich auf diesem Gebiete zunächst in der Hauptache auf seine Mitarbeiter verlassen müssen.

Ebenso wichtig wird für den neuen Kanzler die Wahl seiner innerpolitischen Mitarbeiter sein. Daß er etwa mit Schorlemer weiter zusammenarbeitet, darf wohl als ausgeschlossen gelten. Je weniger fest bisher der politische Charakter von Dr. Michaelis selbst steht, umso mehr wird ihn die Welt für die nächste Zeit nach den Mitarbeitern beurteilen, die er sich jetzt auswählt.

Weiter wird bereits gemeldet, daß Unterstaatssekretär Wahnisch, Chef der Reichsfinanzlei, ebenfalls ausscheidet.

Herr von Bethmann-Hollwegs Abschied.

Der Kanzlerwechsel wurde am Sonnabend durch eine Sonderausgabe des Deutschen Reichs- und preussischen Staatsanzeigers gleichzeitig mit einem Handschreiben des Kaisers an Bethmann bekanntgegeben, in welchem dem zurückgetretenen Kanzler hohes Lob gesollt wird. Auch die „Nordd. Allgem. Ztg.“ vom Sonntag morgen widmet Herrn von Bethmann-Hollweg warme Abschiedsworte. Sie sagt a. a.: „Als Herr von Bethmann-Hollweg kein Amt über-

nahm, befand sich unser Land in tiefem innerem Zwiespalt. Sein Programm war das der nüchternen und angestrebten Arbeit, des inneren Ausgleichs, der Zusammenfassung der gesamten Volkskraft. In diesem Sinne arbeitete er besonders daran, die Arbeiter dem Staate zurückzugewinnen. Der Erfolg dieser Politik hat sich gezeigt, als der Krieg kam. Die Gefahr unserer Lage hatte der Reichsfinanzminister von Anfang an mit sicherem Auge erkannt. Seine Bemühungen waren darauf gerichtet, zunächst auf dem Wege der Verständigung mit England uns den Weg zu friedlicher Entwicklung zu sichern. Die Versuche hierzu gehen bis tief in die erste Zeit seiner Kanzlerschaft zurück. Den wachsenden Gefahren der Weltlage trug er durch drei Militärvorlagen Rechnung, die unserer militärischen Kraft den größten Zuwachs seit der Gründung des Reiches brachten. Dann brach der Krieg herein, als ein Verhängnis, das aufzuhalten und abzuwenden er alle Kraft eingesetzt hatte. Unter den Staatsmännern dieses Krieges wird er seinen überragenden Platz behaupten. Haß und Verleumdung haben ihn aus allen feindlichen Ländern unspritzt, sind ihm im eigenen Lande nicht erspart geblieben. Dies düstere Kapitel des Weltkrieges und unserer eigener Geschichte zu schreiben, wird einer späteren Zeit vorbehalten bleiben. Wir werden dereinst ruhiger und gerechter urteilen lernen. Dann wird unser Volk begreifen, was ihm in seiner schwersten Prüfung der Reichsfinanzminister von Bethmann-Hollweg gewesen ist, als Mensch, als Deutscher, als Staatsmann.“

Die Abschiedsworte, die die bürgerlichen Blätter, vor allem die rechtsstehenden, und auch die annexionskritische Zentrumspresse dem scheidenden Kanzler widmen, besagen das Gegenteil von vorstehendem. Früher konnten dieselben Blätter denselben Kanzler nicht genug loben, solange er ihre Geschäfte besorgte; jetzt lassen sie kein gutes Haar an ihm, allen voran der „Berliner Lokal-Anzeiger“, die „Vossische Zeitung“ usw.

Die Friedensfindung des Reichstages.

Die Fassung der Friedensfindung des Reichstages der Mehrheitsparteien hat bereits Schwierigkeiten ergeben. Abgesehen davon, daß die Nationalliberalen und einige Zentrumsmitglieder Bedenken gegen die Fassung haben, sind auch auf militärischer Seite Wünsche geäußert worden, die auf eine Änderung hinauslaufen. So meldet die „Post“ am Sonnabend abend, wegen eines neuen von nationalliberalen und Zentrumsseite vorgelegenen Schlußsatzes sollte eine neue Besprechung der Parteiführer mit Hindenburg und Ludendorff anberaumt sein, da die Fassung nach der Meinung der Obersten Heeresleitung zu Mißdeutungen der bei Feldherren und Heresleitung übereinstimmend vorhandenen Stimmungen Anlaß geben könnte.

Im Reichsamt des Innern hat auch eine Aussprache zwischen Führern der Mehrheitsparteien, dem neuen Reichsfinanzminister, Hindenburg und Ludendorff stattgefunden. Zu dieser zwangslosen Zusammenkunft waren nach einem Bericht des „Berl. Tagebl.“ die Vertreter des Zentrums, der fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokraten geladen; eine Aussprache mit den Führern der Konservativen, der Nationalliberalen und anderer Parteien war nach dem Tageblatt für diesen Sonntag angelegt. Die Unterredung am Sonnabend dauerte ungefähr zweieinhalb Stunden. Von Parlamentariern waren anwesend der Zentrumsabgeordnete Cziberg, die Fortschrittler Vancor, Fischbeck, Conrad Haukmann und Gothein, die Sozialdemokraten Hert, Davids, Südekum und Scheidemann. Der Chef der Reichsfinanzlei, Unterstaatssekretär Wahnisch, nahm an dem Empfange teil. Veranzialter war, wenigstens der Form nach, der Staatssekretär Dr. Helfferich, von dem man noch nicht weiß, ob er einen Teil seiner bisherigen Amtstätigkeit behalten wird. Die Besprechung fand zunächst in einzelnen Gruppen statt und erstreckte sich auf die verschiedenen aktuellsten Fragen und auf die parlamentarische Situation. Man versichert, sie habe klärend gewirkt.

Das Friedensprogramm der Reichstagsmehrheit.

Die Mehrheit des Reichstages, die sich zusammensetzt aus den Fraktionen des Zentrums, der fortschrittlichen Volkspartei, der Sozialdemokraten, der Esch-Bohringer, eines Teiles der Deutschen Fraktion und einzelner Mitglieder anderer Fraktionen, einigte sich, wie Wolff meldet, auf folgendes Friedensprogramm, das sie dem Reichstag zur Beschlußfassung vorlegen wird:

Wie am 4. August 1914 gilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres das Wort der Thronrede: „Unstrebt nicht Eroberungsjucht“. Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit und für die Unverletzlichkeit seines territorialen Bestandes ergreift Deutschland die Waffen. Der Reichstag strebt einen Frieden der Verständigung und dauernden Versöhnung der Völker an. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietsveränderungen, politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar. Der Reichstag weist auch alle Pläne, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege ausgehen, ab. Die

Freiheit der Meere muß sichergestellt werden. Nur ein Wirtschaftsfriede wird den freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten. Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern. Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, und solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberung und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen und unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist. In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindlich. Der Reichstag weiß sich eins mit den Männern, die in heldenhaftem Kampfe das Vaterland schützen. Der unvergängliche Dank des ganzen Volkes ist ihnen sicher.

Worauf es ankommt!

Der Verzicht auf Annexionen und Kriegsschädigungen ist schon deshalb notwendig, weil Deutschlands Zukunft in erster Reihe davon abhängt, daß es ihm gelingt, seinen Anteil am Weltmarkt zurückzugewinnen. Die Mehrzahl der deutschen Menschen lebt von der Industrie. Die deutsche Industrie braucht unbedingt eine große Menge von Rohstoffen, die in Deutschland nicht zu gewinnen sind, wie Baumwolle und Kupfer. Die deutsche Landwirtschaft selbst kann ohne ausländische Phosphate als Düngemittel und Getreide als Futtermittel nicht auskommen. Die Ernährung des deutschen Volkes wird ohne Reis, Süßrübe, Sojabohne, Kaffee, Tee usw. stets dürrig bleiben. Alle diese Einfuhr müssen wir bezahlen, indem wir dem Ausland verkaufen, was wir in Ueberflut haben. Das sind nur wenige Rohstoffe, wie Kalk und Kohle, in der Hauptsache sind es Fabrikate, Erzeugnisse der Textil-, Maschinen- und Elektroindustrie. Verwirklichen sich die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz, die darauf hinausgehen, alle deutsche Einfuhr und Ausfuhr durch Straßzölle wesentlich zu verteuern, dann ist Deutschland zu einem langwierigen Elendsdasein verurteilt. Der Schaden träfe mit doppelter Wucht die Industriearbeiter, da das Kapital immerhin noch beweglicher ist als sie.

Wenn wir einen Verständigungsfrieden fordern, so denken wir keineswegs an einen Verzichtsfrieden. Wir verzichten nicht auf das Land, das vor dem Kriege deutsch gewesen ist, einschließlich der deutschen Kolonien; wir verzichten nicht auf die nationale Freiheit Deutschlands, innerhalb seiner Grenzen seine Politik nach eigenem Willen zu führen; wir verzichten aber vor allem nicht auf die Freiheit der Meere, auf die Bewegungsfreiheit der deutschen Handelsschiffe im Ozean und allen Häfen der Welt, auch nicht auf die Möglichkeit der Zufuhr aller notwendigen Rohstoffe und Lebensmittel und auf den freien Abzug der Erzeugnisse deutscher Arbeit in allen Ländern. Bedenkt man, was wir da fordern, dann wird einem sofort klar, daß wir selbst bei der Rückgabe der besetzten Gebiete kein schlechtes Geschäft machen, und daß wir alles herausholten, was eben auf Grund der gegenwärtigen Kriegslage vernünftigerweise für Deutschland zu gewinnen ist.

Es unterliegt auch nicht dem mindesten Zweifel, daß diese weltwirtschaftliche Verfassungsmöglichkeit Deutschlands für unsere Zukunft ebenso wichtig ist, wie die Behauptung unseres Landes und unvergleichlich bedeutungsvoller als irgendwelche Gebietsgewinne im Osten oder Westen, die wir etwa festhalten könnten und die uns günstigenfalls doch nur liefern, was wir schon haben, aber nicht gerade dasjenige, was wir in ganz ungenügenden Mengen oder gar nicht besitzen und doch dringend brauchen.

Gerade weil dieser weltwirtschaftliche Anteil Deutschlands, an dem das Leben jedes einzelnen Menschen in Deutschland hängt, für uns von der ungeheuerlichen Wichtigkeit ist, weigern sich Engländer und Amerikaner, die den Frieden in dem Sinne zu geben, wie wir ihn oben dargestellt haben. In vielen Punkten — darüber müssen wir uns klar sein — ist die frühere deutsche Ausfuhr und der frühere deutsche Rohstoffbedarf überhaupt nicht wieder zu erlangen. Das australische Zink wurde vor dem Kriege am Rhein verhütet; jetzt bestimmt ein australisches Gesetz, daß es an Ort und Stelle ausgehändigt werden muß. Die australische Wolle hat sich England für mindestens zehn Jahre als Monopol gesichert. Mit ungeheuren Kosten hat sich England während des Krieges eine Farben-, eine optische, sogar eine Musikinstrumentenindustrie geschaffen, und es denkt natürlich nicht im Traum daran, sie nach Friedensschluß wieder verfallen zu lassen. Aber das braucht uns nicht zu hindern; denn die deutsche Industrie hat während des Krieges auch nicht stillgestanden. Wir haben den Stücklohn aus der Luft gewinnen gelernt und uns dadurch vom Schicksalsteufel unabhängig gemacht. Wir haben Kupfer durch Eisen und Aluminium verdrängt. Wir haben die Papiergarndruckerei geschaffen und zahllose andere Erfindungen gemacht, von denen ein großer Teil erst später bekannt werden wird. So wird sich Schaden und Nutzen schon wieder ausgleichen, wenn wir nur grundsätzlich die Gleichberechtigung im Weltmarkt behalten.

Gerade darum aber geht der Kampf. England führt den Krieg — das ist eine Unwahrheit — mit vollem Bewußtsein als Vernichtungskrieg gegen die deutsche Industrie und den deutschen Weltmarkt. Den Schlüssel für den deutschen Speiseschrank behalten wir auch nach dem Kriege bei uns, erklärt ein ernstes englisches Blatt, und die Forderung, Deutschlands Wirtschaftsführung, so weit sie über die Grenzen des Reiches hinausgreift, unter englischer Kontrolle zu halten, wird mit großer Leidenschaft von den englischen Kapitalisten vertreten. Sie hoffen immer noch an ihr Ziel zu kommen. Daher ihre kritische Ablehnung jeder Friedensmöglichkeit.

Aber sie haben doch schon so viel Wasser in ihren Wein gegeben und eine Demokratisierung Deutschlands würde ihre Position ihren eigenen Käufern gegenüber noch wesentlich verschlechtern.

Die Kriegslage.

Die deutsche Artillerie leistet am 14. Juli in Eroberung des letzten feindlichen Stützpunktes in Flandern die Befreiung der Westfront und löst den letzten Widerstand des Gegners durch den Einbruch in die feindlichen Stützpunkte. Die feindlichen Streitkräfte sind durch die Eroberung der Westfront und die Befreiung der Westfront in die Defensive gedrängt. Der erfolgreiche Vorstoß der deutschen Artillerie hat die feindlichen Streitkräfte in die Defensive gedrängt.

geheure französische Blütpoker errungenen geringen Geländegewinne entzissen wurde, wurde am Abend des 14. Juli bei trübem Wetter ausgeführt. Die Franzosen hatten anscheinend mit einem Angriff gerechnet und stark Infanterie nahe herangezogen. Daraus lassen sich die gemeldeten, äußerst erbitterten Nahkämpfe erklären. Zu dem Erfolge trug das sorgfältig vorbereitete und genau liegende Abwehr- und Unterstützungsgeschütz der Nachbardivisionen bei. Die schweren feindlichen Verluste bei diesem Angriff bestärkten sich, ebenso wie jene, bei dem im Feuer und Nahkämpfen zusammengebrochenen Ansturm gegen die Linie Eugensland-Cernillet, Hoch- und Wechberg.

Dem gezielten französischen Angriff im Abschnitt der Höhe 304 ging starke feindliche Feuertätigkeit mittlerer und schwerer Kaliber sowie von Mörsern voraus, das sich besonders von 11 Uhr vormittags an mehr und mehr steigerte. Durch unser Feuer niedergebunden, ermattete die feindliche Artillerietätigkeit gegen 14 Uhr nachmittags, um gegen Abend, bis zum Toten Mann einschließlich, wiederum die größte Heftigkeit anzunehmen. Die 8.30 Uhr gegen den Abschnitt der Höhe 304 vorgehenden französischen Sturmwellen wurden in unserem Verteidigungs- und Sperrfeuer zusammengebrochen und verzagt, jedoch nie nirgends an unsere Stellungen heranzukommen vermochten. Mit Einbruch der Nacht lautete das Feuer ab und ging in Beharrungsfeuer über. In der Nacht zum 15. Juli am Weithange des Toten Mannes ein Schmelzdegewehr aus der feindlichen Stellung.

In Rumänien wurden bekanntgemachte Truppenquartiere und zahlreiche, durch Fliegeraufnahmen festgestellte Batterien unter Feuer genommen. In der Nacht zum 14. Juli besetzten unsere Flieger die Industrieanlagen von Frouard ausgiebig mit Bomben, wobei verschiedene Feuerschiffe beobachtet wurden.

An der russischen Front wurde die Gefechtsaktivität durch den ankommenden Regen beeinflusst. Russische Angriffe gegen die Lopota-Höhe und bei Jaska, 10 Kilometer westlich Komack, wurden abgewiesen, ebenso ein feindlicher Angriff bei der Straße südlich Logotny. Am 14. Juli abends wurde der südwestlich Landeskreuz in unsere Stellungen eingedrungen Feind im Gegenangriff wieder gemornt. Der Dnjepr führt Hochwasser und auch die Narajowa ist im Steigen.

In Rumänien bei Prisana und Tulcea Vorkämpfer. Unsere Artillerie bekämpfte erfolgreich feindliche Batterien und löst den Zugverkehr bei Schinohor Hanu-Conache und Bahnhof Marajest. Westlich Piscal wurde ein feindlicher Beobachtungsballon durch einen unserer Flieger brennend zum Abbruch gebracht. In den frühen Morgenstunden des 15. Juli wurde eine unserer bei Dumazata bestehenden Positionen von einer feindlichen Infanterieabteilung mit Maschinengewehren überfallen. Dumazata wurde durch Gegenstoß wiedergewonnen.

ÖSS. Großes Hauptquartier, 15. Juli. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern erreichte der Artilleriekampf an der Küste sowie zwischen Boesinge und Wytschaete große Heftigkeit; er dauerte bei Ypern auch nachts an.

Bei Zens und auf beiden Scarpe-Ufern war zeitweilig das Feuer stark. Englische Kompagnien, die bei Gaerelle, südlich von Craillies, und bei Sullencourt vorstießen, wurden durch Gegenstoß zurückgeworfen.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Am Abend des Tages wurden dem Feinde durch Angriff wichtige Stellungen südlich von Courtecon entzissen. Nach Zusammenstoß der Wirkung von Artillerie und Minenwerfern stürmten Teile des Infanterieregiments „Generalfeldmarschall von Hindenburg“ und anderer sibirischer Regimenter sowie das Sturmbataillon 7 die französische Stellung in 1500 Meter Breite und 300 Meter Tiefe. Der Gegner leistete erbitterten Widerstand, jedoch es zu hartnäckigen Nahkämpfen kam. Die Sturmziele wurden überall erreicht und gegen drei starke Gegenangriffe gehalten. Die blutigen Verluste der Franzosen sind schwer; bisher sind über 350 Gefangene eingebracht worden. Die beträchtliche Beute ist noch nicht gezählt.

In der West-Champagne hat nach vierstägiger, schwerstem Feuer gestern 3 Uhr abends der französische Angriff gegen unsere Stellungen südlich von Moronvilliers eingesetzt. Der Ansturm der starken feindlichen Kräfte wurde dank der tapferen Haltung unserer Infanterie und der gezielten Abwehr und Gegenwirkung der Artillerie im wesentlichen abgewiesen. Am Hoch-Berg und Hoch-Berg entstanden nach Abweilen des ersten Ansturmes durch erneute Angriffe des Gegners örtliche Einbruchstellen, an denen am Morgen noch gekämpft wurde.

Auch auf dem linken Maas-Ufer griffen die Franzosen nach Trommelfeuer an der Höhe 304 an. An keiner Stelle gelang es dem Feinde, unsere Stellungen zu erobern; seine Sturmwellen brachen in nächstem Verhängnis- und Mörserfeuer zusammen.

In der Gegend von Baserveville, am Ostufer der Maas, hielt unsere Artilleriewirkung einen sich vorbereitenden Angriff nieder.

Seeresgruppe Herzog Albrecht.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Trotz ungenügender Rittung war die Gefechtsaktivität an der Düne und bei Smaragd lebhaft.

In Belgien erreichte das Feuer nur in begrenztem Abschnitt größere Stöße.

Südlich des Dnjepr griffen die Russen oberhalb von Kolupich an mehreren Stellen an; sie wurden überall abgewiesen.

In der Seeresfront des Generalobersten Erzherzog Josef

Seeresfront des Generalfeldmarschalls von Mackensen ist nachts eine Steigerung des Feuers bemerkbar. Die Lage ist unverändert.

ÖSS. Berlin, 15. Juli. (Amtlich.)

In Italien sind morgens feindliche Angriffe bei Lombardone und südlich von Courtecon gescheitert, in der Champagne keine Greifzüge in der Hand der Franzosen geblieben. In Italien bei Regenwetter nichts Bemerkliches.

Wien, 14. Juli. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südlich von Kaluz war es zu heftigen Kämpfen gekommen. Die Gefechtslage ist unverändert. Südlich des Dnjepr trat an mehreren Stellen der galizischen Front und in Belgien beiderseits die Artillerie wieder in Tätigkeit.

Italienischer Kriegsschauplatz.

In Rumänien und an der Küste Front wichtiger Gefechtsfront. Südlich des Dnjepr trat an mehreren Stellen der galizischen Front und in Belgien beiderseits die Artillerie wieder in Tätigkeit.

Südlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Wien, 15. Juli. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In Rumänien und in der Küste Front wichtiger Gefechtsfront. Südlich des Dnjepr trat an mehreren Stellen der galizischen Front und in Belgien beiderseits die Artillerie wieder in Tätigkeit.

von Kaluz, unternahm der Feind mehrere Angriffe. Unsere Truppen warfen ihn überall zurück. Zwischen Dnjepr und Pripiet nur geringe Kampfaktivität.

Italienischer und südlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Frankreich und Belgien.

Viele Todesurteile gegen französische Soldaten.

In der großen Debatte der französischen Kammer vom 7. Juli über den Mißerfolg der Offensive vom 16. April ergriff auch der linksliberale Abgeordnete Meinier das Wort und sagte — nach der „Humanité“ vom 8. Juli —, daß er Einspruch erhebe gegen das Dekret vom 10. Juni, das einer sehr großen Zahl der zum Tode Verurteilten das Berufsrecht entziehe. Er fragt die Regierung, ob sie dieses ungeschickliche Dekret aufrecht erhalten wolle. Er meinte, man müsse den Soldaten alle legalen Mittel sichern, um so mehr, als das militärische Gesetzbuch viele Lücken enthalte, sobald es sich um die Fehler der kommandierenden Offiziere handle. Diese Bemerkung löst tiefen Beifall aus.

Rußland.

Der Appell der russischen Revolution.

Die „Zawestija“ veröffentlicht einen Leitartikel alarmierenden Charakters, der die Sozialisten der Mittelmächte auffordert, ihren Regierungen ein klares Friedensprogramm abzugeben, andererseits von den Sozialisten in Frankreich und England verlangt, daß sie ihren Regierungen die Revision der Verträge abzwängen, sonst werde die russische Revolution zerschmettert werden, die proletarische Sache untergehen und die Welt Herrschaft des Imperialismus für lange wiederhergestellt sein. — Die deutschen Sozialisten haben den Anfang gemacht; nicht zuletzt auf ihr Betreiben hat sich die Mehrheit des Reichstages bereit gefunden, ein klares Friedensprogramm aufzustellen. Nun ist die Reihe an den italienischen, französischen und englischen Sozialisten. Sie können jetzt zeigen, was Geistes Kind sie sind.

Endbeschluß über Finnlands Staatsgrundgesetz.

Aus Helsingfors meldet die Petersburger Telegraphen-Agentur: Die dritte Lesung und die Abstimmung über die Gesetzesvorlage betreffend die neuen Staatsgrundgesetze Finnlands wird Dienstag an Stelle von Sonnabend stattfinden. Mit Rücksicht auf die große Wichtigkeit, die die Sozialdemokratie dieser Abstimmung beimißt, wurde beschlossen, daß an diesem Tage alle Arbeiter feiern sollen. Nach Schweizerischen Blättern soll die russische Regierung die Verhängung des Kriegsrechts über ganz Finnland befohlen haben.

Englischer Transportdampfer verfehlt.

Die Admiralität teilt mit, daß der britische Transportdampfer „Amadale“ mit einer geringen Anzahl von Truppen an Bord am 27. Juni im Atlantischen Ozean verfehlt wurde. Sechs Soldaten, ein Passagier und vier Mann der Besatzung werden vermißt.

Wahl Niederlage der Kadetten in Moskau.

Nach dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet „Dain News“ aus Petersburg, daß bei den Gemeinderatswahlen in Moskau die Kadetten nur 19 Prozent der Stimmen erhalten haben, die Sozialrevolutionäre aber mehr als die Hälfte.

1½ Millionen Russen an der galizischen Front.

Wie aus Petersburg berichtet wird, stehen 1½ Millionen Mann russischer Truppen an der galizischen Front.

Die Anerkennung der ukrainischen Republik

mit 12 Gouvernements und eigenem Heer soll in Form eines Ultimatum nach einem Beschluß des Kongresses der Ukrainer von der russischen Regierung gefordert werden. So werden Krakauer Blätter.

Der Seetrieg.

Berlin, 14. Juli. (Amtlich.) Neue Unterseebootszerstörer im Atlantischen Ozean. 21 000 Brutto-Register-Tonnen. Unter den merkwürdigen Schiffen befanden sich der bewaffnete englische Dampfer „Altonia“, 10 402, der bewaffnete englische Dampfer „Phoebus“, 3133, die bewaffneten italienischen Fischdampfer „Bretoria“ und „Stoie“ und die englischen Fischdampfer „Romantic“, „Pacific“, „Seding“, „Cedric“, „Veridol“ und „Mabel“. Eines der zerstörten Schiffe hatte Petroleum, ein anderes Eisen und Eisenbahnstangen geladen. Die Ladungen der übrigen konnten nicht festgelegt werden.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Die Gesamttriggschiffsverluste der Entente.

Nach englischer Admiralsmeldung hatte das verlorene gegangene britische Schlachtschiff „Banguard“ eine Wasserdrängung von über 23 000 Tonnen. Es gehörte mit zu den neuesten Typen. Mit dem Verlust dieses wertvollen Schiffes liegen die Gesamtverluste der Entente an Kriegsschiffen seit Kriegsbeginn, außer Hilfskreuzern, auf 263, mit einer Gesamtwasserdrängung von 926 885 Tonnen. Davon entfallen auf England 160 Fahrzeuge mit zusammen 656 660 Tonnen Displacement. Die Gesamttriggschiffsverluste der Entente übersteigen somit den Bestand der amerikanischen Kriegsflotte zu Kriegsbeginn bereits um etwa 17 000 Tonnen.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Keine Friedensvermittlung Spaniens.

Reuter meldet: König Alfons von Spanien äußerte sich gegenüber dem Madrider Korrespondenten des „Daily Express“, Spanien wolle bis ans Kriegsende neutral bleiben. Nach den Erklärungen Ribots und Lamb Georges sei es ihm unmöglich, seine Dienste als Vermittler anzubieten.

Beratung der Lübecker Bürgerschaft.

Lübeck, 16. Juli 1917. Der selbstberühmte Wortführer Scharff eröffnete die Sitzung um 10½ Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung bemängeln Stellung und Ziele, daß heute wieder eine Vormittagsitzung stattfindet, entgegen der sonst üblichen Gewohnheit.

Stellvert. Wortführer Scharff erklärt, daß ihm die Gründe hierfür nicht bekannt seien. Wie er erfahren habe, sei die Vor- mittagsitzung auf Wunsch des Senats anberaumt worden.

1. Senatsantrag: Weitere Verlängerung der Amtsdauer der derzeitigen Mitglieder der Bürgerschaft.

Albers montiert erneut die Tagung am Vormittag. Der ständige Senatskommissar erklärt, daß diese Sitzung nach Verständigung mit dem Wortführer anberaumt worden sei. Einige Bürgerschaftsmitglieder hätten die Vormittagsitzung gewünscht. (Rufe: Wer?)

Stellung weist demgegenüber darauf hin, daß ursprünglich die Sitzung auf abends angelegt gewesen sei. Wie es heiße, sei die Verlegung auf vormittags auf Wunsch des Senats erfolgt. Thiele betont demgegenüber, daß man doch auch auf den Wunsch der Bürgerschaftsmitglieder Rücksicht nehmen müsse, und diese wollen keine Vormittagsitzungen.

Dimpfer: Dem Wortführer muß vorbehalten bleiben, die Sitzungen in Gemeinschaft mit dem ständigen Senatskommissar festzusetzen.

Hoff: Seit einiger Zeit sind an allen Straßenecken häßliche Bilder angeklebt worden, die wohl den Haß gegen England schüren sollen. Diese Bilder sollen angeklebt worden sein auf Veranlassung des Polizeiamtes. Ich möchte dringend warnen, daß solche Bilder weiter angeklebt werden. Sie schaffen dadurch in den Kreisen der Bevölkerung, besonders der Arbeiterschaft, eine große Erregung und erreichen das Gegenteil von dem, was Sie bezwecken wollen. Das, was dort auf den Bildern geschildert wird, haben deutsche Arbeitnehmer vor dem Kriege wiederholt erlebt. Nicht selten sind bei Lohnbewegungen die Arbeiter aus den Fabriken ausgesperrt; haben deren Frauen und Kinder hungern müssen. Solche Bilder wirken aufreizend, das beweist schon die Tatsache, daß der größte Teil der Bilder wieder abgerissen worden ist. Uebrigens beschränke man die Zeitungen wegen Papiermangels, bei diesen höchst überflüssigen Bildern merke man aber nichts von Papiermangel.

Thiele: Die ganze Bevölkerung, nicht nur die Arbeiterschaft, ist erregt über diese Plakate. Deshalb sind die Bilder auch so bald wieder abgerissen.

Der Senatsantrag wird angenommen.

2. Senatsantrag: Gewährung einer Beihilfe an die Lübecker Badeanstalt.

Stellung unterstreicht den vom Bürgerausschuß auf Antrag Henze in bezug auf die Kohlenversorgung der Unbemittelten angenommenen Antrag und wünscht Erleichterung baldiger Maßnahmen in diesem Sinne. Ferner regt er eine Bestandsaufnahme der von den Händlern auf Lager gehaltenen Kohlen vor dem 1. August an, um zu verhindern, daß Händler diese Kohlen nach dem 1. August, wo die Kohlen- und Verkehrssteuer mit etwa 40 Pfg. pro Sack in Kraft tritt, zu dem um die Steuern verteuerten Preis verkaufen. Die Steuern selbst seien entschlossen zu verurteilen. Umso mehr müsse vorgebeugt werden, daß die Händler aus diesen Steuern noch spekulativen Gewinn ziehen. Die vor dem 1. August von den Händlern bezogenen Brennstoffmaterialien müssen zum alten Preis an die Verbraucher abgegeben werden.

Thiele bedauert, daß wir heute die Schwimmbäder noch nicht haben.

Dr. Hartwig erklärt, daß eine Bestandsaufnahme über die Kohlen und den Koks in allen Haushaltungen bereits vorbereitet wird.

3. Senatsantrag: Nachbewilligung auf die Ausgaben der Lübecker Straßenbahn im Rechnungsjahre 1916.

Grünau vermißt noch den Antrag von Dr. Görz betr. Fortführung der elektrischen Bahn nach Travemünde und will selbst einen solchen Antrag stellen, wenn der von Dr. Görz nicht bald vorliegt.

Thiele erwidert sich, ob für die Straßenbahnschaffnerinnen in den Wagen keine Sitzgelegenheit geschaffen werden kann.

Senator Dr. Schenck: Das hat sich leider als unmöglich erwiesen.

Dr. v. Broden meint, daß die Schaffnerinnen sich schon jetzt an den Endstationen ausruhen können.

Niemann-Schlupf ist der gleichen Meinung.

Der Senatsantrag wird angenommen.

Der vierte Senatsantrag betrifft einen Grundstücksaustausch mit der Firma Jos. Hür. Havemann u. Sohn.

Er wird debattelos angenommen.

Dan folgt der dem Bürgerausschuß von der Bürgerschaft zur näheren Erörterung überwiesener und nicht in unveränderter Fassung an den Senat gebrachter Antrag von Löwig: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, ihr eine Vorlage entgegenzubringen, nach welcher das Jugendamt zu zusammenschließen wird, daß auch die Arbeiterschaft darin eine ausreichende Vertretung erhält, zu der die Arbeiterorganisationen Vorschläge zu machen haben. Jugendpflieger sind auch aus den Kreisen der Gewerkschaften zu entnehmen.

Da der Bürgerausschuß den Antrag in abgeänderter Fassung schon dem Senat entgegengebracht hat, so lehnt formell die Bürgerschaft diesen Antrag ab.

Antrag Henk: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, veranlassen zu wollen, daß diejenigen Fußwege über die Felder, die dem Publikum nur wenig nützlich sind, aufgehoben werden.

Henk hebt hervor, daß viele Pferde infolge der Dürre so herabgekommen sind, daß sie ihre Arbeit nicht mehr leisten können. Da ist es notwendig, solche Fußwege, die dem Publikum nur wenig nützen, aufzuheben, um zu verhindern, daß das Publikum Gras und Pflanzen, die als Futter verwendet werden können, zertritt. Redner beschwert sich weiter darüber, daß man den Landwirten fette Schweine enteignet hat. Wenn das in Zukunft wieder geschehen soll, so würden die Landwirte sich bedanken, wieder Schweine fettzumachen.

Senator Dr. Schenck wünscht, daß Henk in der letzten Angelegenheit der Behörde spezielle Fälle mitgeteilt hätte. Dann könnte man diesen nachgehen.

Schwald wendet sich gegen den Antrag Henk, der für alle Zeit Rechte des Publikums beseitigen würde. Vielleicht könnte man einige Wege zeitweilig sperren.

Thiele ist gleichfalls gegen den Antrag Henk. Garnicht angebracht war es von Henk, die Ablieferung der Schweine in der von ihm beliebigen Weise in der Bürgerschaft zur Sprache zu bringen. Damit werde nur Haß zwischen Stadt und Land erzeugt.

An der weiteren Debatte beteiligen sich Schörmann-Travemünde, der im Sinne Henks sprach, Dr. Hartwig, der das Vorgehen der Behörde verteidigt, Dr. v. Broden, Henk, Thiele, Albers und Dr. Benda.

Löwig wandte sich gegen die Aufhebung von Fußwegen, die für manche Leute eine Fettsparnis bedeuteten. Falls sei es, wenn die Bürgerschaft von sich aus die Aufhebung solcher Wege fordere, ohne daß die Anlieger ein derartiges Verlangen gestellt haben.

Thiele bezweifelt die Beschlussfähigkeit, die festgestellt wird. Dann wurden die Verhandlungen abgebrochen.

Schluß 11,20 Uhr.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Montag, 16. Juli.

Die Bürgerschaft hielt heute vormittags eine kurze Versammlung ab, die nach den Bestimmungen der Verfassung stattfinden mußte. Von mehreren Rednern wurde es zu Beginn der Sitzung kritisiert, daß man ohne Rücksicht auf die Bürgerschaftsmitglieder, die durch ihre berufliche oder geschäftliche Tätigkeit stark in Anspruch genommen würden, die Tagung auf 'vormittags' angesetzt habe.

Entsprechend dem Antrage des Senats wurde die Verlängerung der Bürgerausschussmandate um zwei Jahre

Der amtliche Kriegsbericht.

1916. Großes Hauptquartier, 16. Juli. (Amtlich).

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Gestern morgen versuchten die Engländer in dreimaligen Angriff die bei Lombaartzhe verlorenen Stellungen zurückzugewinnen. Stets wurden sie verlustreich abgeschlagen.

Das tagsüber mühsige Feuer schwoll abends sowohl an der Küste wie von der See bis zur See zum starken Artilleriekampf an, der auch nachts lebhaft blieb.

Vom La-Basse-Canal bis auf das Ebußer der Scarpe war in den letzten Tagesstunden die Feuerstätigkeit gesteigert.

Nordwestlich von Lens und bei Fresnoy wurden starke englische Erkundungsabteilungen zurückgeworfen.

Front Deutscher Kronprinz

In heftigen aber vergeblichen Angriffen bemühten sich die Franzosen, die von uns südlich von Courtecon genommenen Stellungen zurückzuerobern. Hier wie bei gescheiterten Angriffen südlich des Gehätes La Nouvelle hatten sie schwere Verluste. Auch nordöstlich von Sillery im Weste-Lal schlug ein Vorstoß des Feindes fehl.

In der West-Champagne waren einige unserer Gräben bei Abschluß der nächtlichen Kämpfe in Feindeshaud geblieben. Während am Hochberg die am Abend wieder zurückgewonnenen Gräben ausdauernd besetzt wurden, ist am Hochberg nach erbitterten Nachkämpfen unsere alte Linie wieder erreicht. Eine größere Zahl von Gefangenen und einige Maschinengewehre sind von beiden Gefechtsfeldern eingebracht worden.

Mit kurzer Unterbrechung während der Nacht dauert lebhafter Generalkampf auf dem westlichen Maasufer an.

Front des Generalfeldmarschalls Hermann von Bittorf

Nege Artillerietätigkeit zwischen Maas und Mosel, wo am 14. Juli eine Erkundung bei Remexonville durch Einbringung zahlreicher Gefangener guten Erfolg hatte.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Orlée und Karpathen lebhafter Gefechts- tätigkeit nur bei Rigau und südlich von Dnaburg.

In den Walparathen wurden mehrfach russische Streifabteilungen vertrieben.

Zu der rumänischen Ebene nahm abends in den einzelnen Abschnitten das Feuer zu.

Im Donau-Delta wiesen bulgarische Sicherungsvor- posten einen russischen Überfall durch Gegenstoß zurück.

Mazedonischer Front

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

in zweiter Lesung beschlossen. Bei dieser Gelegenheit wandte sich Genosse Hoff scharf dagegen, daß seitens des Polizeiamtes häßliche Plakate überall in der Stadt angeklebt worden sind, durch welche der Haß gegen England geschürt werden solle. Ein solches Vorgehen schaffe nur Erregung, besonders in der Arbeiterschaft. Herr Thiele unterstrich das mit Nachdruck, der Unwille darüber sei allgemein. Das konnte man noch privatim von manchen anderen Bürgerschaftsmitgliedern hören. Niemand meinte sich als Verteidiger dieser neuesten Propaganda.

Die Frage der Feuerungsmaterialversorgung wurde vom Senatsausschuß beim Senatsantrag auf erhöhten Zuschuß an die Lübecker Badeanstalt wieder angeschnitten. Unser Redner verlangte Ende Juli bei allen Feuerungsmaterialhändlern eine Lagerbestandsaufnahme, um zu verhindern, daß das Publikum überverteilt wird. Es besteht leider die Möglichkeit, daß von solchen Händlern, die sich strapellos bereichern wollen, die Kohlen- und Verkehrssteuer auf ihre bereits vor dem 1. August eingelagerten Koks- und Kohlenmengen aufgeschlagen wird, ohne daß sie diese Steuer entrichtet haben. Herr Dr. Hartwig kündigte eine Feuerungsbestandsaufnahme in den Haushaltungen an. Damit wird natürlich das nicht erreicht, was die Ausführungen Stellungen bezwecken.

Zwei weitere Senatsanträge wurden ohne wesentliche Debatte angenommen. Herr Thiele trat wieder für die Schaffung von Sitzgelegenheit für die Straßenbahnschaffnerinnen ein, die nach der Feuerung des Senatskommissars nicht möglich ist.

Da der Bürgerausschuß bereits den ihm überwiesenen Antrag Löwig betreffend Beteiligung der Arbeiter an der amtlichen Jugendpflege in etwas abgeänderter Form dem Senat entgegengebracht hat, so lehnte die Bürgerschaft es ab, ihn nun nebenher unverändert anzunehmen. Hoffentlich erlangt nun die Arbeiterschaft bald die von ihr gewünschte Vertretung, für die sich sowohl der Bürgerausschuß als auch die Bürgerschaft ausgesprochen hat.

Zum Schluß gab es noch längere Aussprachen über die Aufhebung von Fußwegen, die Herr Henk beantragt hat. Genosse Löwig und andere Mitglieder der Bürgerschaft wandten sich dagegen. Von Henk wurde ferner Protest dagegen erhoben, daß Landwirten fette Schweine enteignet worden sind. Er drohte, daß die Landwirte einfach keine Schweine mehr fettmachen würden, wenn das noch einmal vorkomme. Infolge eingetretener Beschlussunfähigkeit mußte die Beratung abgebrochen und die Sitzung geschlossen werden, ohne daß es zu einer Abstimmung über den Antrag von Henk kam.

Die künftige Fleisch- und Brotration. In der Sitzung der Berliner Gewerkschaftskommission am 12. Juli wurde auf Grund von Erklärungen des damaligen Staatskommissars und jetzigen Reichs- kanzlers Dr. Michaelis mitgeteilt, daß die Brotmenge, wie vor der letzten Herabsetzung, wieder 1900 Gramm betragen soll. Allerdings dürfe sich erst nach Feststellung des Ertrages der neuen Ernte die Brotmenge genau feststellen lassen. Jedoch ist zu hoffen, daß die Menge von 1900 Gramm beibehalten werden kann. Alle gegen Krankheit versicherungspflichtigen Arbeiter und Arbeiterinnen sollen zu den 1900 Gramm einen Zuschuß von 350 Gramm erhalten, sodas für diese das Quantum 2250 Gramm wöchentlich betragen werde. Entsprechendes Mitteilun- gen sollen in den nächsten Tagen erfolgen. Am 15. August wird ferner das halbe Pfund Zusatzfleisch wegfallen, das als Ersatz für mangelnde Kartoffeln gehabt war. Bis

dahin aber wird die Zufuhr von genügenden Kartoffelmengen geregelt sein. Dem 'Vorwärts' zufolge wurde noch erklärt, daß man glaube, durch härteres Zufassen von vornherein für die Zukunft genügende Lebensmittel sichern zu können, um bis zur Ernte mit der Lebensmittelversorgung durchzukommen. Eine spätere Meldung des 'Hamb. Fremdenbl.' besagt: Entgegen früheren anders lautenden Meldungen wird für die anfangs August wegfallende erhöhte Fleischmenge, wie wir nunmehr aus Berlin erfahren, eine wöchentliche Mehrlieferung von 250 Gramm treten. Das Kochnehl, das hierbei zur Verteilung kommt, stellt eine weniger ausgemahlene, also etwas wertvollere Qualität Mehl dar, als sie zum Brothaden verwendet wird. Man glaubt, daß den Hausfrauen jetzt ein Zusatz von Kochnehl erwünschter sein wird, als eine Erhöhung der Brotration, von der man auch aus anderen Gründen absteht.

Vorläufig keine Erhöhung der Butterpreise. Aus Berlin wird gemeldet: Gegenüber der Nachricht, daß eine Erhöhung des Butterpreises bevorstehe, wird von dem Leiter der Reichsstelle für Speisekarte mitgeteilt, daß im Sommer noch keine Erhöhung des Erzeugerpreises für Butter eintreten wird. Gegenwärtig werden nur von den beteiligten Kreisen, den landwirtschaftlichen und Molkerei-Sachverständigen Gutachten über die Frage eingeholt. Erst wenn diese alle vorliegen, dürfte dem Kriegsernährungsamt eine Vorlage über die Preiserhöhung unterbreitet werden. Im Herbst wird allerdings die Erhöhung des Preises zu erwarten sein. Sie wird für nötig gehalten, um den Beeinträchtigungen der Milchviehhaltung gegen die gegenwärtigen Eingriffe in unteren Milchviehbestand entgegenzuwirken, dadurch die Buttererzeugung zu heben und die Butterablieferung zu vergrößern. Durch eine angemessene Erhöhung des Buttererzeugerpreises glaubt man auch dem Schleichhandel erfolgreich begegnen zu können.

Die Erhöhung der Butterpreise wird wieder zu einer Erhöhung der Milchpreise benutzt werden und so treibt ein Keil den anderen. Und die Verbraucher müssen zahlen.

Neue Einschränkung des Wäscheverbrauchs. Keine Servietten und Tischlächer in Gastwirtschaften. Bettwäsche darf nur wöchentlich gewechselt werden. Die Reichsbekleidungsstelle erläßt eine Verordnung, nach der vom 20. Juli ab in den öffentlichen Lokalen, wie Gastwirtschaften, Kaffeehäuser, Hotels usw., die Darreichung von Mundtüchern aus Web-, Wirk- und Strickwaren und vom 1. Oktober 1917 das Bedecken der Tische mit wachsbarem oder abwischbarem Tischzeug verboten ist. Es steht den Wirten frei, Mund- und Tischtücher aus Papiergewebe zu verwenden. Auch dürfen bei Hochzeiten und ähnlichen Festlichkeiten die Gäste ihre eigene Tischwäsche verwenden. Ferner darf jedem Gast in Hotels und Pensionen, Kurhäusern usw. nur ein weißes Handtuch für den Tag verabreicht werden. Es bleibt dem Gaste unbenommen, eigene Wäsche mit sich zu führen. Für die Benutzung eines Bades sind weitere zwei Handtücher oder an Stelle eines zweiten Handtuches ein Bade- oder Frosttücher zuzusetzen. Die Bettwäsche soll grundsätzlich jedem Gast wenigstens sieben Tage dienen, ehe sie gewechselt werden darf. Nur in außergewöhnlichen Fällen, wie bei Erkrankungen oder dergleichen, dürfen einzelne Stücke vorzeitig erneuert werden.

Ferner teilt die Reichsbekleidungsstelle mit, daß Web-, Wirk- und Strickwaren, bei deren Herstellung ausschließlich oder zum Teil Papiergarn verwendet worden ist, bezugsähnlich sind. Nach einer weiteren Mitteilung der gleichen Stelle wird es als unzulässig erklärt, fertige Kleider zur Herstellung von Schuwaren in der Art zu verwenden, daß die Kleider zerschneiden werden. So hat eine große Berliner Firma, die überwiegend Kleinfhandel treibt, tausend Leinenstoffe, achthundert Leinenpaletots und tausend schwarze Wintermäntel zur Verwendung als Schuhfutter angeboten. Es sollen also die fertig vorhandenen, für die bürgerliche Bevölkerung so dringend benötigten Kleider wieder zerschneiden werden, um dem Gewerbetreibenden, der von seiner Stelle aus die Kleider augenblicklich nicht schnell genug in Geld umsetzen kann, den erwünschtesten Gewinn zu bringen. Dies ist völlig unethisch. Es ist auch bekannt geworden, daß fertige neue Kleidung, die zum Teil gute Friedensware darstellt und als unmoderne Ware — zurzeit noch — an einzelnen Handelsstellen schwerer veräußert sein soll, zerschneiden und zur Herstellung von Pantoffeln verwendet wird.

Die Reichsbekleidungsstelle sieht sich genötigt, gegen geschäftliche Maßnahmen der geschädigten Art mit Beschlagnahmen und Enteignungen einzuschreiten sowie gerichtliche Verfolgung zu veranlassen.

Bezugsheime auf Teppichschoner und auf Stoffe, die zu solchen verwendet werden sollen, ferner auf fertige Parfüme, Marzinen und dergleichen, soweit diese der Bezugsheimpflicht unterliegen, dürfen nicht mehr ausgefertigt werden. Schließlich werden die Inhaber der Schuhgeschäfte darauf aufmerksam gemacht, daß sie in Fällen, wo sie gemahlene Schuwaren auf einen, nur für Luxuschuhe gültigen Bezugschein deshalb verabsoluten, weil Zuschüsse nicht mehr an Lager sind, sich nicht allein Gefängnis- und Geldstrafen aussetzen, sondern auch Gefahr laufen, daß ihre Geschäfte geschlossen werden.

Lehrerzulagen im Malergewerbe. Der Verband der Maler und Lackierer hatte sich an die hiesigen Arbeitgeber gewandt, in Anbetracht der großen Teuerung den Stundenlohn der Gehilfen auf 80 Pfg. zu erhöhen. Die Meister haben dieser Forderung jedoch nicht entsprochen. Es mußte denn ein Schiedsspruch herbeigeführt werden. Dieser ist gefällt worden und danach erhalten Gehilfen unter 20 Jahren einen Stundenlohn von 75 Pfg., Gehilfen über 20 Jahre einen solchen von 78 Pfg. In den kleineren Orten Preetz, Neumünster und Sonderburg, um nur einige zu nennen, wird ein Stundenlohn von 80 Pfg. gezahlt, also mehr wie in Lübeck. Es ist bedauerlich, daß die hiesigen Meister sich nicht dazu verstanden haben, gleichfalls einen solchen Lohn zuzugestehen.

Berein der Musikfreunde in Lübeck. Der Kohlenmangel und die sich daraus ergebende Unmöglichkeit, die Stadthalle in genügender Weise zu heizen, hat den Verein der Musikfreunde genötigt, sich für die kommende Spielzeit nach einem anderen Räume für seine Veranstaltungen umzusehen. Dank dem liebenswürdigen Entgegenkommen des Herrn Direktors Fuchs ist es möglich geworden, mit Zustimmung der Theaterbehörde die Konzerte, allerdings in etwas beschränkter Zahl, im Stadtheater stattfinden zu lassen. Es werden 21 vollständige Konzerte (an 20 Montagen und einem Sonnabend, 29. Dez.), 8 Symphoniekonzerte an Montagen und 2 Chor Konzerte an Wochentagen und Karfreitag veranstaltet werden. Die öffentlichen Hauptproben zu den Symphoniekonzerten finden Sonntag vormittags 11 Uhr statt. Alle Plätze (auch in den Volksrühmlichen Konzerten) werden numeriert sein. Der gesamte Verkauf aller Eintrittskarten findet ausschließlich an der Theaterkasse statt. Weitere Mitteilungen werden rechtzeitig erfolgen.

In das Genossenschaftsregister ist, wie amtlich bekannt gemacht wird, am 13. Juli 1917 eingetragen die Firma: Lübecker Gemeinnützige Milchversorgung, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Zweck: Gegenstand des Unternehmens: Heranschaffung von Milch und Milchzuckerwaren nach Lübeck und Absatz dieser Gegenstände an die Mitglieder. Die Haftsumme beträgt 100 Mk. Die höchste Zahl der Geschäftsteile 20. Vorstand: Buchdruckermeister Julius Heise in Lübeck, Holländer W. Sager in Gr.-Grönau, Kaufmann Hermann Thiele in Lübeck. Zur Abgabe von Willenserklärungen für die Genossenschaft ist die Mitwirkung von 3 Mitgliedern erforderlich. Die Zeichnung geschieht in der Weise, daß die Zeichnenden zu der Firma der Genossenschaft ihre Namensunterschrift hinzusetzen.

Stadthallen-Sommertheater. Aus dem Theater-Bureau wird uns mitgeteilt: Die beifällige Aufnahme, welche der Schwank „Der Redaktionsengel“ von Fiala (Conrad Neckel) beim Publikum gefunden hat, hat die Direktion veranlaßt, statt der am Dienstag angekündigten Vorstellung „Die beiden Seehunde“ den Redaktionsengel anzusetzen.

Im Haus-Theater tritt am kommenden Donnerstag Direktor A. B. Hubner als Gast auf. Hubner begann seine schauspielerische Tätigkeit in Lübeck unter Direktor Erdmann-Jehninger; später war er Mitglied des Igl. Schauspielhauses in Berlin. Die Rolle des Thomas Lehr in „Schuldig“ gehört zu den Lieblingsrollen des Künstlers und hat derselbe diese gewählt, um sich dem Lübecker Publikum auch als Schauspieler vorzustellen.

pb. Entwendes Silbergeschirr. In der Nacht vom 11. zum 12. Juli wurde durch Einbruch in einer Villa vor dem Burgtor Silbergeschirr gestohlen. Ein Teil der Duffel ist mit dem Monogramm C. W. versehen und trug den Stempel Wilkens 800.

pb. Ein Herrenanzug gestohlen. Am 12. oder 13. ds. Mts. mittags ist einem in der Hüttrage wohnenden Schneidermeister aus seiner Werkstatt ein Paket gestohlen worden. Das Paket enthält einen Herrenanzug nebst den dazu gehörigen Zutaten. Der Stoff zeigte ein buntes Gewebe. Die Grundfarbe war grau.

pb. Pferde und Wagen unterschlagen. Einem Landmann in Müssen bei Büchen sind gestern morgen durch seinen Knecht, angeblich Adolf Weiß, zwei Pferde und ein Stuhlwagen unterschlagen worden. Der betr. Knecht, welcher bei dem Landmann in Dienst getreten war, hatte das Fuhrwerk geliehen bekommen, um seine Sachen aus Büchen zu holen. Es handelt sich um ein schwarzes Pferd und um einen Fuhr.

pb. Verhaftet wurde ein Matrose eines im hiesigen Hafen liegenden Dampfers, der zwei auf demselben Dampfer dienenden Matrosen Legitimationspapiere und Geld gestohlen hatte.

pb. Schlechter Schlafloste. Ermittelt und festgenommen wurde ein Schreiber aus Hamburg, der mit einem Bäckergehilfen zusammen in einer Herberge logierte, und ihm bei dieser Gelegenheit eine Brieftasche mit 120 Mk. gestohlen hatte.

pb. Diebstahl und Diebstahl. Ermittelt und festgenommen sind zwei mehrfach u. a. mit Zuchthaus bestrafte Arbeiter, die eine größere Menge Fett gestohlen und an Gewerbetreibende verkauft hatten. Gegen letztere dürfte ein Verfahren wegen Hehlerei eingeleitet werden.

pb. Einbruchdiebstahl. In der Nacht vom 11. zum 12. ds. Mts. ist in einem unbewohnten Hause an der Stadtweide ein Einbruch ausgeführt und sind nachziehende Sachen gestohlen worden: ein Gehrockanzug, zwei Jacketanzüge, ein Winter- und ein Sommerüberzieher, vier Paar Stiefel, drei Hüte, drei Oberseiten, ein Unterhemd, zwei Kopfkissen, zwei Püßle, eine Steppdecke, zwei weiche Bettdecken, sechs Bettbezüge, sechs Handtücher, drei Laten, ein Pelztragen, ein hellblaues Kleid, ein weißes Kleid, eine grüneidene Bluse, ein Gummimantel und verschiedene Unterröcke.

Schwartzau. Die Errichtung eines Ernährungs-Kommission hat der Gewerkschaftsrat beim Stadtrat beantragt. Dieser hat in seiner letzten Sitzung dem Antrag zugestimmt. Die Kommission soll bestehen aus dem Magistrat, den Ratsleuten Bröder und Schmidt, sowie zwei vom Gewerkschaftsrat bestimmten Vertretern.

Kuzhauen. Tragischer Selbstmord eines Kindes. Wie dem „Hamburger Fremdenblatt“ aus Kuzhauen gemeldet wird, ertränkte sich die vierzehnjährige Tochter eines Handwerkers von Haus, nachdem sie wegen eines Diebstahls eine Züchtigung erhalten hatte und begab sich an den Strand. Da zurzeit Ebbe herrschte, ließ sie auf einen der Wellenbrocher bis zu dessen vom Wasser umspülten Kopf und ließ sich dort nieder. Inzwischen stieg das Wasser mit der aufkommenden Flut, und bald war der Wellenbrocher mäandrisch überpült, so daß dem Mädchen der Rückweg abgeschnitten war. Nun erkannte man vom Strande aus die Gefahr, in der das Kind schwabte und suchte ihm zu Hilfe zu kommen. Als das Mädchen dies bemerkte, war es in die Fluten und verschwand in der Brandung der inzwischen voll eingeleiteten Flut.

Bremen. Der Bremer Zeitungshandel. Hier ist unter großer Beteiligung der Kreise des Handels, der Schiffahrt, des Gewerbes, der Industrie und anderer Berufe Bremens die Bremer Zeitungshandels-Verlags-Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit einem Kapital von 1 1/2 Millionen Mark zum Zweck des Erwerbes und des Betriebes der „Bremer Zeitung“ gegründet worden. Berechtig sind ausschließlich bremische Kreise. Zur Geschäftsführung wurden die Herren Dr. Heile und Karl Wigger bestellt. Die Übernahme der „Bremer Zeitung“ soll am 1. Januar 1918 erfolgen. — Über die Beziehungen der ausschließlich bremischen Kreise zu ausschließlich Bremener Kreisen berichtet der Bericht nicht.

Moderner Städtekrieg.

Als der diesjährige Wirtschaftskreis für Obst und Gemüse bekanntgegeben wurde, der als besonders Auerung die Lieferungsverträge der Gemeinden brachte, wurde von uns befürchtet, daß damit wieder die Preissteigerung noch andere

höchste Preissteigerungen des berühmten Spieles der Kräfte ausgeglichen würden. Da früher Händler sich gegenseitig zu verdrängen suchten, machten es nunmehr Gemeinden. Die Wirkung bleibt die gleiche und die Konsumenten bezahlen wieder die Kosten des Konkurrenzkampfes. Welch erbauliche Formen der Kampf der Städte um Kohl und Gemüse angenommen hat, das geht aus folgendem „Schlachbericht“ der „Koblenzer Volkszeitung“ hervor:

Das Koblenz heute als erste Stadt des Westens mit neuen Kartoffeln aufwarten kann, das ist die Folge eines schlaun Streiches — übrigens eines ganz geist- und ordnungsmäßigen. Wir, das heißt die Stadt Koblenz, haben nämlich mit einer durch Frühgemüsezeit bekannten größeren Gemeinde im Landkreis Köln einen sogenannten Lieferungsvertrag abgeschlossen, nach dem wir die ganze Ernte zu bestimmten Preisen im voraus übernommen haben. So erhalten wir also seit geraumer Zeit schon Gemüse und nun auch die Kartoffeln. Freilich, leicht ist's nicht gewesen, uns die Beute zu sichern. Es hat Kämpfe abgesehen mit allerhand Instanzen, die das schöne Werk zu durchkreuzen versuchten. Wir sind Sieger geblieben, weil der Vertrag mit allen Schanzwerken der Vorsicht ausgestattet war. Unsere lieben Nachbarn in Köln aber sind zu spät gekommen, als am letzten Sonntag die Koblenzer Erntefolger, darunter die oberen Klassen des Realgymnasiums, in Schlachordnung anrückten und in frühlichem Wettstreit gruben und schafften und wühlten und rafften, den Köhler Heimgeländchen zum Trost, und sich diebisch freuten, den Köhler die gute Beute förmlich aus dem Munde zu reißen.

Das war eine abenteuerliche Geschichte. So mit Sad und Bad losrücken, abends spät ankommen, in sehr ursprünglichen Gemächern, wie Maschinenhallen, Ställen, Scheunen, auf selbstgestopften Strohläden übernachten und morgens dann zum empfindlichen Schaffen ausziehen, mittags das aus mitgebrachten Beständen selbstgekochte Mahl mit ungewohntem, durch Hunger gewürmten Appetit verzehren und abends die Freude genießen, bereits einige Eisenbahnwagen abrollen zu sehen. Es war auch die höchste Zeit, sonst wäre uns alles durch die Lappen gegangen.

So ein bösen Schadenfreude gegenüber den Köhler war ja gewiß auch dabei, besonders in Anbetracht des Umstandes, daß es gerade die Köhler waren, die uns in den letzten Monaten durch ihren Schleichhandel den uns zufließenden Versorgungsbereich zugewiesenen Landkreis Koblenz so gründlich abgegrast hatten, daß wir die uns zugesicherten Kartoffelmengen nicht mehr erhalten konnten. So müßt sich in die empfindlichen Dinge immer wieder ein Bröckchen unzeitwilligen Humors. Dem ungeschicklichen Hamptretreiber der Köhler im kleinen setzen die Koblenzer eine geistliche Hamptretreiber im großen entgegen.

Wirklich, das war eine „abenteuerliche Geschichte“, so abenteuerlich, wie die ganze Gemüseversorgung. Das Abenteuer der Koblenzer hat dazu geführt, ihnen „die Beute zu sichern“, wofür das Gemüseabenteuer des Volkes in den deutschen Städten führt, müssen wir noch abwarten. Unser Köhler Parteiblatt bringt den Rubrik der „Koblenzer Volkszeitung“ und überschreibt ihn: „Das Frohlocken der Steger“. Derartige Siege, wie die Koblenzer einen erlitten haben, sind vielleicht auch zu gebrauchen, warum auch nicht. Die Reichsgemeinschaft kann mit solchen Erfolgen nachweisen, daß Städte zuweilen Gemüse bekommen, sie brauchen nun mit allen „Schanzwerken der Schlauheit und Vorsicht“ Hamptretreiber im großen“ zu veranlassen. Und wenn sich dabei aus der Versorgung ein bunter Wirrwarr entwickelt, wenn Gemeinden nichts abbekommen, dann bleibt immer noch der Ausweg — eine neue Verordnung zu erlassen.

Die Stadt Köln hat auch mit einer anderen Nachbarstadt ähnliche Erfahrungen gemacht. Die Stadt Effen hat im Vorgebiete bei Köln, einem Gemüseparadies, den Erzeugern Preise geboten, die weit über die Reichshöchstpreise gingen, und als die Stadt Köln Erfüllung der abgeschlossenen Verträge auf Grund der Höchstpreise verlangte, bekam sie — nichts. Es ergab sich u. a., daß die Höchstpreise um das Doppelte überschritten worden waren, und man war genötigt, den gleichen Preis zu bezahlen, um wenigstens etwas zu erhalten. Die Städte kommen demnach schon auf die Sprünge der Preistreiber und können selbst Vorkreisläufe der geistlichen Höchstpreise nicht. Das ist eine „vortreffliche“ Regelung des Handels mit Gemüse.

Aus der Partei.

Der Würzburger Parteitag verschoben! Der Parteivorstand schreibt uns: Da die Abordnung des Arbeiter- und Soldatenrats und das holländisch-hannoversche Komitee die internationale Sozialistenkonferenz zum 15. August nach Stockholm einberufen haben, hat der Parteivorstand beschlossen, den Würzburger Parteitag, der am 19. August und an den folgenden Tagen stattfinden sollte, zu verschieben. Der neue Termin wird noch bekannt gegeben werden. Die Genossen werden ersucht, die Wahl der Delegierten und die sonstigen Vorbereitungen zum Parteitag vorzunehmen, soweit das noch nicht geschehen ist.

Verbot sozialdemokratischer Friedensversammlungen. Im niederschlesischen Industrieviertel sollte am gestrigen Sonntag eine große Massenversammlung unter freiem Himmel stattfinden. Als Vortragssthemata war angeführt: Der sozialdemokratische Verständigungsfriede. Diese Versammlung ist vom Stellvertretenden Generalkommando Breslau verboten worden mit dem Hinweis darauf, daß die ersten Verhältnisse im Korpsbereich (Brotkrumelle und Bestrafungen in Siregaw, Hindenburg usw.) solche Massenversammlungen bedenklich machen. Gleichzeitig wurden aber Versammlungen in geschlossenen Lokalen gleichfalls untersagt mit der Begründung, daß solche Ausdrücke augenblicklich von keiner Seite gestattet werden könnten. Demnach trafe dieses Verbot auch die alldeutschen Versammlungen.

Wir haben es also mit einer völligen Aufhebung des Versammlungsrechtes zu tun, eine Einschränkung, die gerade jetzt im Zeichen der umwälzenden Neuorientierung mehr als sonderbar anmutet. Es ist gegen das Verbot Beschwerde eingelegt worden.

Gewerkschaftsbewegung.

Dauernde Gemeinschaftsarbeit der verschiedenen Gewerkschafts-Richtungen. Das Zentral-Organ des Verbandes der Gewerkschaften (Hirsch-Dunker) „Der Gewerkschaften“ rühmt die Ergebnisse, welche durch die Gemeinschaftsarbeit der Gewerkschaften erreicht worden sind und warnt vor der Gefahr späterer Wiederaufnahme des alten Habers. Die Organisationszentralen wollten deshalb schon jetzt eine Zentralkommission einsetzen, die in dauernder Fühlung mit den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen die gemeinsamen Arbeiterinteressen fördern und den Ausbruch von Zwistigkeiten in den Mitgliedschaften verhindern soll. Die „Bergharbeiter-Zeitung“ erklärt sich mit dieser Anregung durchaus einverstanden.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 15. Juli. (Antik.) Im nördlichen Sperrgebiet haben unsere Unterseeboote neuerdings 24 000 Tonnen-Registertonnen versenkt.

Unter den vernichteten Schiffen befanden sich der englische Dampfer „Don Arturo“ (3080 Tonnen), Ladung wahrscheinlich Erz, das englische Postschiff „Neotsfeld“ mit Kohlenladung, ein unbekannter stark gesicherter Dampfer von etwa 6000 Tonnen mit vier Masten, 7 Ladebäumen und Ladekränen. Ein unbekannter Dampfer von etwa 1200 Tonnen, im Geleitzug fahrend, wurde in der Nordsee durch Torpedoschuß getroffen, sein Sinken jedoch nicht beobachtet. — Am 14. Juli vormittags griffen Seeflugzeuge des Marinekorps in den Hoopden durch Zerstörer gesicherte Geleitzüge von Handelsfahrzeugen an. Zwei Bomben-Volltreffer auf je einen Zerstörer und ein Volltreffer auf einen Leichter wurden einwandfrei beobachtet.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Frankfurt a. M., 16. Juli. Aus Berlin wird der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet: In parlamentarischen Kreisen verläutet mit Bestimmtheit, daß der Kaiser die Stelle des Reichszanklers in erster Reihe dem bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Hertling angeboten hatte, daß dieser aber aus persönlichen und sachlichen Gründen abgelehnt hat. Die Venderungen im preussischen Staatsministerium dürften erst im Laufe der kommenden Woche bekannt werden.

Chemnitz, 16. Juli. Der Chemnitzer Bürgermeister Kolbe wurde von dem Mühlenbesitzersohn Edwin Müller in Bieffert unter dem Vorwande eines Mehlgeschäfts in des Vaters Mühle gelockt, ermordet und beraubt. Der Mörder, dessen Vater im Felde steht, warf die Leiche in den Molde-Fluß. Er ist geständig.

Briefkasten.

Marli. A bedeutet geringe körperliche Fehler und Gebrechen, welche die Fähigkeit zum Dienst mit der Waffe nicht ausschließen. 49 = Herzfehler.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Böhmig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: F. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Gelesene Nummern des „Volksboten“

bitten wir nicht wegzumerfen, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für sein Parteiblatt zu werben.

Liebesgaben für das Heer.

Erwünscht: Rauchmaterial, Kantabak, eingemachtes und trockenes Obst, Rotwein, alkoholfreie Getränke, Musikinstrumente, gute neue Bücher. Annahme St. Annenstraße 2. Hauptächlich erbeten werden jedoch Geldspenden. Einzahlung entweder St. Annenstraße 2 oder Vorschuß- und Spar-Vereins-Bank.

Um reichliche Zuwendungen bittet herzlich (1917) Die Liebesgaben-Abteilung der Vereine vom Roten Kreuz.

1 Fatterschwein

zu verkaufen. Großfeldstr. 1516. Abrenshöcker Straße 28.

Zu kaufen gesucht (1917)

Gunslandsminnen, Knochen, Öfen, Kessel, Schlangen, zu höchsten Tagespreisen.

Karl Kleinfeld, Mühlentorstr. 25. Telefon 2497.

Frauenarzt

Dr. Brockmann

verweist. 1817

Uhren-Reparaturen. Billige Preise. (1917) Gr. Annenstr. in Wand-Tach. Werk- und Techniken.

Hermann Vob, P. 1917.

Lustige Blätter

Durch wunderliche Bilder und packenden Text das humoristische Leibblatt aller Feldgrauen und Dabeingeblichen! Feldpost- und Probe-Abonnements monatlich nur Mark 1.40 bei allen Buchhandlungen und Postämtern. Verlag der Lustigen Blätter in Berlin 223. 68.



Buchdruckerei

Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46

Anfertigung von illustrierten Katalogen
Preislisten, Zirkularen, Formularen für
Behörden und Private, Reklamedruck-
sachen, Familienanzeigen, Festschriften
Visitenkarten, Geschäftsbüchern usw.

Verlag des „Lübecker Volksboten“.

Bank-Konten:
Lübecker Privatbank.
Vorschuß- und
Spar-Vereins-Bank
in Lübeck.

Großindustrie und Kriegswirkungen.

Von Richard Woldt. Preis 10 Pfg. Buchhlg. Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 46.

Hansa-Theater.

Heute abend 8 Uhr: Gastspiel Fischer-Achten: Im weißen Rößl.

Stadthallen-Sommertheater

Dienstag, den 17. Juli 1917: Anfang 8 Uhr: Zum letzten Male: Der Redaktionsengel. Mittwoch, den 18. Juli 1917: Anfang 8 Uhr: Die Puppe. Donnerstag, den 19. Juli 1917: Anfang 8 Uhr: Die Landstreicher.

An den Fronten und hinter den Fronten.

Von Richard Gaedle.

Kein äußerlich betrachtet hat sich das Bild des Krieges in den letzten acht Tagen kaum verändert; die Kampfstärke ist zum Teil gering gewesen, in anderen Gebieten war die Zeit mit unaufhörlichen Kämpfen größerer oder geringerer Umfanges erfüllt und im Südosten sind gewaltige Schlachten mit unerhörtem Blutvergießen geschlagen worden. Aber nichts hat uns der Entscheidung des Krieges näher gebracht, der scheinbar noch immer im Gleichgewicht steht. Für seinen Ausgang ist das, was sich gegenwärtig hinter den Fronten abspielt, vielleicht wichtiger als das schwere Ringen um die Schützengräben.

Von den gegenwärtig leitenden Männern unserer Gegner haben wir wohl schwerlich einen Verständigungsfrieden zu erwarten; wohl aber scheint es, als ob die Entbehrungen, die Leiden, die Opfer des Krieges auf die Friedensliebe der Massen in immer stärkerer Maße hinwirken. Der Umschwung wird wohl von dieser Seite auskommen. Je unabhängiger die kriegerischen Unternehmungen sich hingehen, desto notwendiger wird es werden, in den Massen unserer Gegner den Willen nach einem billigen Frieden zu stärken und dadurch auch die zeitweiligen Machthaber zu zwingen oder durch andere zu ersetzen, deren Dasein mit der Fortdauer des Krieges weniger untrennlich verknüpft ist.

In Frankreich tritt der große Missetat der Apriloffensive, an ihren ursprünglichen Zielen gemessen, deutlicher und deutlicher hervor. Die Blutopfer, die dieses mit großen Hoffnungen begonnene Unternehmen dem Heere und dem kinderarmen Volke aufs neue auferlegt hat, können wir rein zahlenmäßig nur schätzen und solche Schätzungen sind unsicher. Nach allen Nachrichten aber, die gegenwärtig durch die ängstlich verriegelten Türen der Zensur hindurch zu uns dringen, dürfen wir auf die Vermutung kommen, daß sie noch höher sind, als wir bisher annahmen. Vergeßen wir dabei nicht, daß selbst dann, wenn die blutigen Verluste der Franzosen in ihrer Gesamtheit nicht höher wären, als unsere auf so vielen Kriegsschauplätzen erlittenen, sie auf ein Volk von kaum 40 Millionen verderblicher wirken müssen, als auf ein solches von 60 Millionen. Schon muß die Kriegslust der Massen mit gewaltigen Mitteln aufgepeitscht werden, und das Verfahren der Vorgesetzten im Heere nimmt bereits russische Formen an. Wenn man die 40 Überlebenden einer Kompanie vor ein Kriegsgericht stellt, weil sie sich nicht besser verteidigt hatten, das heißt nicht gleichfalls gefallen wären, so gewährt das einen tiefen Einblick in den Druck, durch den die Truppe zur äußersten Hergabe ihrer Opferwilligkeit gepreßt werden muß. Wir dürfen fragen, wie lange solch äußerlicher Zwang seinen Zweck noch erfüllen und nicht vielmehr zum umgekehrten Ergebnis des Händehochhaltens oder der Meuterei führen wird. Wir lesen doch schon von Truppen, die sich geweigert haben, den Befehl zum Angriff auszuführen. Auch in Italien ist gegen Truppenteile mit so drakonischen Strafen eingeschritten worden, daß man den zahlreichen Hinterbliebenen der handrechtlich Erschossenen die Kriegspensionen für Gefallene bewilligen will. In Rumänien hält man sich mit der Formlichkeit eines gerichtlichen Verfahrens nicht erst auf. Auch daß man in Frankreich zahlreiche Vorgesetzte für ihre Fehler und Versäumnisse bei der letzten Offensivoffensive gerichtlich zur Verantwortung ziehen will, wirft einen dunklen Schlaglichter auf die Verhältnisse und die Stimmung in Volk und Heer. Denn es ist klar, daß man jenseitig diesen Männern kaum eine Schuld wird nachweisen können, sondern es ist eine Wiederholung des Prozesses Bazaine nach dem Kriege 1870/71, das Abstrafen von Opfern für die Niederlage! Noch bemerkenswerter vielleicht ist es, daß bereits jetzt in offener Parliaments-sitzung mit den Fingern auf den Präsidenten Poincaré, als einem der Hauptschuldigen an dem unermeßlichen Blutvergießen und an dem letzten Missetat hingewiesen wurde.

An sich muß man sehr vorsichtig sein, den Meldungen allzu sehr zu trauen, daß das französische Heer für dieses

Jahr von einer Wiederholung der Durchbruchversuche Abstand nehmen wolle. Aber die sonstigen Voromstände in Frankreich verleihen dieser Möglichkeit immerhin einen gewissen Grad von Wahrscheinlichkeit. Das Verhalten des Heeres an der Aisne und in der Champagne läßt auf eine zeitweilige Erschöpfung, vielleicht auch auf einen nicht mehr unerzählbaren Vorrat an Schießbedarf, schließen. Andererseits muß man billig anerkennen, daß die Truppe da, wo sie unseren stetigen Raumgewinn am „Damenwege“ zurückerobern wollte, noch immer mit alter Tapferkeit und Heftigkeit in zahlreich sich häufenden Gegenstößen vorgegangen ist. Auch ihre Fliegerwaffe ist nach wie vor sehr tätig und scheint, nach den 84 Flugzeugen zu schließen, mit denen sie in der Nacht vom 6. zum 7. Juli ihren Luftangriff auf Süd- und Westdeutschland ausführte, über ein sehr zahlreiches Material zu verfügen. Daß dieses von Amerika her im Laufe der Zeit erheblich vermehrt werden kann, dürfen wir nicht bezweifeln, auch wenn die 22 000 Flugmaschinen, mit denen die Amerikaner uns niederwerfen wollen, nur in der präherlichen Phantastik jener Leute vorhanden sein werden.

Daß auch die englische Armee von weiteren Angriffen in diesem Jahre absehen werde, kann man trotz der augenblicklichen Ruhe an der Front nicht annehmen. Es ist eher wahrscheinlich, daß sie sich gegenwärtig in einer Zeit der Vorbereitung zu neuen Schlägen befindet und dem Schrei der Franzosen nach stärkerer Abnahme der auf ihnen lastenden Blutsteuer möglichst Gehör schenken wird. In den leitenden Kreisen Englands haben wir nach wie vor die treibende Kraft des Gegenbundes zu sehen, ihr Angriffswille ist nicht erlahmt, sehr positive Ziele ihres weltumspannenden Imperialismus schweben ihnen nach wie vor als unverrückbare Leitsterne vor. Die Not der Massen ist auf der Insel, ungeachtet der Erfolge unserer U-Boote, bisher noch nicht auf eine Höhe gestiegen, die den Machthabern gefährlich werden könnte; sie peitscht sie vielmehr zu den äußersten Anstrengungen auf, die Niederwerfung Deutschlands dennoch rechtzeitig zu erreichen. Ob der U-Bootskrieg, ob die Waffententative zu Lande, ob politische Forderungen die letzte Entscheidung bringen werden, läßt sich gegenwärtig noch nicht übersehen. Daß die englische Diplomatie mit allen, auch den rückwärtslichsten Mitteln arbeitet, um sich trotz alledem und alledem den Vollsieg in diesem Weltkampfe zu sichern, fühlt man, auch wo man es im einzelnen nicht nachweisen kann.

Andererseits dürfen wir nicht übersehen, daß die blutigen Verluste Englands trotz Sommeschlacht, trotz Arraschlacht verhältnismäßig noch immer die geringsten waren, und daß ihm unzweifelhaft noch große militärische Hilfsquellen zur Verfügung stehen. In Organisation seiner Volkskraft, in Organisation seiner mächtigen Industrie für die Zwecke des Krieges, in Verwendung seiner reichen Hilfsquellen hat England gewaltiges geleistet; eine Abnahme seiner Kraft ist bisher noch nicht zu spüren. Auch das Heer bekann sich nicht als geschlagen, wie sehr die Kriegsmüdigkeit auch in seinen Reihen um sich greifen mag. Sind ihm seine Ziele auch im großen nicht geglückt, so sind ihm doch Erfolge im einzelnen beschieden gewesen, die sein Selbstvertrauen ungeschwächt gelassen haben.

Die Nachrichten, die von außen zu uns dringen, daß man vom Lande aus gegen die belgische Seeküste vorgehen wolle, in der Hoffnung, unserem U-Bootskrieg die Lebensadern zu durchschneiden, haben nichts Unwahrscheinliches an sich. Vielleicht wartet man gegenwärtig die Erfolge der russischen Offensivoffensive ab, will vielleicht sehen, in welchem Maße sie die übermächtige Kraft Deutschlands zu binden vermag.

Daß Brussilow mit dem Blute seiner Leute nicht sparen würde, war vorauszusetzen; die Männer ändern sich nicht, weil sie im Sommer des Jahres 1916 Generale des Jaren und jetzt republikanische Befehlshaber sind, um so weniger als sie ja auch in Kurland von dem entschlossenen Willen der regierenden Männer getragen werden. Auch dort sind dem Angreifer einzelne Erfolge zugefallen; sie entsprechen nicht der fürchtbaren Höhe der Opfer, die an Grauenhaftigkeit alles bisher Gesehenes übertreffen soll, aber sie geben wohl den Antrieb, in einer Fortsetzung der Waffenangriffe die Vernichtung des Sieges zu versuchen. Je-

denfalls hat sich im Laufe der jetzt zehntägigen Offensivoffensive die gesamte Kampffront von ursprünglich 30 Kilometer ausgehend, wenn auch an mehreren Stellen die Angriffe ausgekehrt werden mußten, weil die Truppen abgekämpft waren. Ein Verlust von einer Viertelmillion Männer hat für russische Verhältnisse nichts Außergewöhnliches an sich; es würden neue Massentürme, neue Angriffe nicht ausschließen. In welcher Weise er freilich auf die Stimmung und den Willen der Truppe, in welcher Weise auf die Massen der Arbeiter und der Bauern einwirken wird, das werden wir abwarten müssen. Jedenfalls wird die Gestaltung der inneren Verhältnisse des ganzen Landes für den Fortgang der Ereignisse wichtiger sein als die Feldherrntalente des Brussilow.

Die Frauen sollen . . .

In der letzten Sitzung des Verfassungsausschusses, die der großen politischen Krise voranging, ist über das Frauenstimmrecht gesprochen und dabei ein weiteres zu den vielen unzureichenden Worten über das Frauenwahlrecht geprägt worden. Der konservative Redner meinte, das Wahlrecht für die Frauen abzulehnen zu müssen mit der Begründung: „Die Frauen sollen nicht in die Politik gezogen werden.“

Das nach drei Jahren des Krieges, der ja wohl, nach Klauweitz, eine Fortführung der Politik mit anderen Mitteln ist. Das persönliche Leben, das persönliche Glück von Millionen Frauen ist durch diese Politik in Mitleidenschaft gezogen, in einer Weise, die nicht näher geschildert werden braucht. Ja, man kann, von Deutschland mindestens, füglich sagen, das Leben aller Frauen. Wo nicht durch Opfer oder das Zurückstellen des Lebensglücks, durch unglücklich ersehener Ehen, durch Jammer und Schmerz oder Mühsal und Plage, ist es allermindestens die den Frauen obliegende Sorge fürs tägliche Brot, die alle ohne Ausnahme in diese Politik hineingezogen hat. Vier Millionen Arbeiterinnen stehen heute in der Industrie, Tausende und aber Tausende stehen an Stelle von Männern und helfen mit am Widerstand des Volkes gegen die schwerste Bedrohung, die je ein Volk in der Weltgeschichte erfuhr, Tausende von Frauen verrichten still und sozusagen intognito die Fürsorgearbeit der Gemeinden. Der Friedensschluß wird die Arbeitslast für die Mehrzahl nicht verringern, wird im Gegenteil neue Aufgaben bringen. Wie sich die notwendige Verringerung der Frauenarbeit zu gestalten hat, wie die Nahrungsmittelversorgung angefaßt, die Bevölkerungsfragen gelöst, die Wohnungsfragen und Arbeiterfragebestimmungen in die Hand genommen werden, das sind zweifellos Fragen, die Frauen praktisch mitlösen müssen, und das ist doch zweifellos, wenn auch „nur“ Sozialpolitik, so doch, das muß auch der konservative Redner zugeben, eben Politik, in die die Frauen hineingezogen werden.

Vielleicht wollte er aber auch nur eine ideale Forderung aufstellen, so wie auch die Kirche heute ruhig weiter lehrt: „Du sollst nicht töten“, was nach drei Jahren Krieg ja auch nur bedeutet: „Eigentlich sollte man nicht töten.“ Und man könnte den Standpunkt des Redners vielleicht teilen, wenn sein Verdikt bedeuten soll: „Die Frauen sollten nicht in die Politik gezogen werden“, selbst wenn die Dinge nun einmal so liegen, daß die Frauen, vielleicht ohne zu wollen, schon mitten drin in der Politik sind.

Aber es handelt sich hier doch darum, und danach hat der konservative Abgeordnete wohl noch nie gefragt: wo len die Frauen in die Politik hineingezogen werden? Was die Frauen als Subjekte sollen, das scheint ja ihm und seinen Gesinnungsgenossen ganz klar zu sein. Aber hier ist doch einzig wesentlich, was die Frauen wollen. Freilich, wer mitreden will an der Verantwortung, ernsthaft mitarbeiten und mitbestimmen will, auf den paßt der Ausdruck nicht mehr, daß er „gezogen“ wird. Davon hätte man auch gar nicht solche Scheu. Daß die Frauen aber nicht mehr ohne weiteres in die Politik gezogen werden wollen, sondern mit sich leben wollen, das ist das wesentliche und grundlegende. Und dieser Wille ist doch wohl ein solcher, vor-

Bäuerin und Gräfin.

Von Theodor Mügge.

In einem prächtigen Sommer- und Sonntagmorgen wirkte eine Staubwolke von der Chaussee auf, die am Südufer des Züricher Sees nach Rapperswil führt. Die Landleute, welche zur Stadt gingen, sprangen aus dem Wege, zogen auch wohl höflich ihre Mützen und Hüte und starrten dann dem Wagen nach, der so mittels ihres Schattens nach Mittag überpuderte. Es mußte wohl eine reiche vornehme Herrschaft sein, denn die elegante Berline war mit vier Pferden bespannt, und der Postillon fuhr vom Sattel. Auf dem Bod saßen zwei Diener, und im Hintercoupe eine Kammerfrau, im Fond des Wagens selbst aber lehnte in einer Ecke, in einen Sommermantel gehüllt, eine schöne, junge, ein wenig bleich aussehende Dame, in der anderen Ecke ein wellwanger Herr, der ein reiferes Lebensalter erreicht hatte, obwohl er kaum auf die Mitt: der den Menschen geistlichen Zeit gelangt war.

Dieser Herr war der Legationsrat Baron Springfeld, die Dame eine junge Witwe, die Gattin seines Freundes, der sein Glück, eine schöne reiche Frau zu besitzen, nur ein Jahr genossen hatte, als er in Folge eines zufälligen Ereignisses starb. Die Gräfin Lydia Schauenstein war dreißigjährige Jahre alt, als dies Unglück sie traf, und da sie elternlos war, wußte sie kein besseres Mittel zur Vinderung ihres Schmerzes, als eine Reise nach Italien. Der Legationsrat nahm den unglücklichen Anteil an ihrem Geschick. Er war ihres Mannes vertrautester Freund gewesen, und wurde jetzt Ratgeber und Beschützer der vereinsamten jungen Frau. Da er lange in Rom und Neapel gelebt hatte, ein Kunstfreund und Kunstkenner war, erfahren und klug in allen Welt- und Lebensverhältnissen, begleitete er die Dame und kehrte jetzt auch mit ihr zurück. Als sie in Zürich anlangten, fiel es der Gräfin Lydia ein, daß in der Nähe einer ihrer Verwandten wohnte, in dessen Landhaus sie schon einmal als junges Mädchen einige Wochen lang mit ihrer Mutter verweilte. Sie erwiderte sich nach ihm, hörte, daß er noch lebe, schrieb an ihn, empfing eine Antwort und Einladung in Mariabühl auszuruhen, und befand sich nun oben auf dem Wege dahin.

Der Legationsrat sagte nichts gegen ihren Entschluß, denn er wußte zu gut, daß Widerpruch ihm wenig geholfen hätte. Gräfin Lydia besaß einen entschiedenen Willen, und er war nach Ueberzeugung und System ein Verehrer, der niemals zudringlich wurde, sondern stets in der Rolle des Freundes und aufmerksamen Schützers verharret. Er fand eine kleine Villeggiatur am Züricher See somit ungemein interessant und traf er gemäßlichen Reize auf, indem er zugab, sich selbst

sehr erfreut zeigte, bei dieser Gelegenheit den Grafen Gersau kennen zu lernen, von dem er so viel schon gehört habe.

Als der Wagen von der Straße abbog und den Höhenzug zur Linken hinauf fuhr, öffnete sich vor den Blicken der Reisenden ein prächtiges Panorama. Die hohen Türme und Gebäude Zürichs rückten den Hintergrund, jenseits des tiefblau herausleuchtenden Sees lag die mächtige Albisette, und um und umher an beiden Ufern gab es die herrlichsten Bilder von Feldern und Matten, Rebhügeln und schönen Baumreihen in verschiedener Beleuchtung und Färbung. Die großen, reichen Seeböden paßten zu dieser milden Natur, deren südlichen Schmelz und Duft der Baron bewunderte.

Es ist aber doch eigentümlich, sagte er endlich lächelnd, daß ein alter Diplomat sich in diesen republikanischen Winkel zurückgezogen hat, um die Welt zu vergessen.

Haben nicht Kaiser und Könige schon öfter ihre Paläste verlassen, erwiderte die Gräfin, um ihren Kohl in einem entlegenen Winkel zu bauen?

Aber sie bauten keinen republikanischen Kohl. Glauben Sie, daß der anders schmeckt und schlechter bekommt? fragte Lydia, und ihre blauen Lippen zuckten spöttend. Es ist alles eitel in der Welt. Der Graf hat, wie mir scheint, das Klügste getan, was er tun konnte, als er all den qualenden Schein und Schimmer von sich warf und dies liebliche Stück Natur dafür wählte.

Der Legationsrat lächelte in seiner Weise. Es ist mit den irdischen Passionen für weidende Kühe, Hirschen und Meisen und Blumenmatten eine sonderbare Sache, sagte er. Die Natur hat das unangenehme, daß sie immer dieselbe bleibt, und nichts ist wahrer als Goethes vor treffliche Bemerkung, daß man sich allzu leicht satt daran sieht — das heißt, daß sie langweilig wird. Wahrheitslieblich hat Graf Gersau dies auch zuweilen empfunden.

Langweilige Leute langweilen sich überall, antwortete die Gräfin. Der Graf wohnt hier seit fünf und zwanzig Jahren, wie er in seinem Bilette bemerkt, und ich erinnere mich, daß meine Mutter mir erzählte, er sei hierhergezogen, als er im Jahre 1815 seine Heimungen auf ein freies mächtiges Deutschland getauscht sah.

Es gab damals einige Staatsmänner von höchst subjektiver Anschauungsweise, nicht der Baron.

Die an Volk und Vaterland verzweifelten, fiel die Gräfin ein.

Man muß niemals verzweifeln, teuerste Gräfin, sagte er.

Nein, aber man muß zu retten suchen, wenn der Himmel über uns zu schwarz wird, und das tat dieser schlechte Diplomat damals auch. Er verkaufte seine Habe, warf Stein, Sand und Ministerpost von sich, und zog dort hin. Sehen Sie dort, Springfeld, das muß das Haus sein. Ich glaube, meine Erinnerungen

wachen auf. Es sind mehr als zehn Jahre her, ich war damals kaum zwölf Jahre alt, aber ich behinne mich ganz genau, daß ich dort die Hügel hinauf in den Buchenwald gelaufen bin, Hand in Hand mit dem Knaben, dem Sohn des Grafen, mit Rudolf. Es überkommt mich lebhaft, als sei es gestern geschehen.

Was ist aus Ihrem Spielgefährten geworden? fragte der Baron.

Weiß ich es? erwiderte sie. Ich habe nicht einmal in meinem Briefe angefragt. Vielleicht ist er tot oder weit von hier in der Welt umherirrend, um das Glück zu fangen, statt es, wie sein Vater, zu finden. Es war ein schöner Knabe mit großen, hellen Augen, so ehrlich, daß man davon erschrecken konnte.

Die Ehrlichkeit ist gewöhnlich eine Eigenschaft der Kindheit, lächelte der Legationsrat, die sich mit ihr verliert.

Wir waren beide Kinder, sonst war alles alt in dem guten Hause. Die Herrschaft, wie die Diener, nur die Gesellschafterin machte halbwegs eine Ausnahme. Ein seltsames Geschöpf, Fräulein Babette wurde sie genannt. Ein Ungeheuer, vor dem ich mich schrecklich fürchtete.

Vielleicht regiert sie noch dort.

Möglich, denn sehen Sie, da tritt ein Weib aus dem Hause auf die Vortreppe, und — irre ich mich nicht, so ist sie es.

Der Wagen befand sich nahe bei dem Landhause, das seine Giebelseite dem Wege zulehrte, während seine Front sich in dem Garten verbergte, der durch eine Umzäunung geschlossen war. Die Rückseite sah aus in ein Gehöft mit Nebengebäuden und Stallungen, auf der Vortreppe aber stand eine Frau oder ein Mädchen im blauen Kleid, einen großen graubraunen Strohhut auf dem Kopfe, der ihr Gesicht heimlich bedeckte.

Als sie den Wagen erblickte, ließ sie die Stufen herunter und so wie er hielt, trat sie an den Schlag und öffnete ihn. Ehe es ein Diener tun konnte. Grüß Sie Gott, Frau Gräfin! sagte sie dabei. Das ist eine Freude für uns alle, Sie bei uns zu sehen.

Sie kennen mich also noch? fragte Lydia, indem sie ihr die Hand reichte.

Es ist mir so, als könnte ich getrost ja sagen, antwortete Fräulein Babette, obwohl sich viel verändert hat seit jener Zeit. Sehen Sie die Zeit, sagte die Gräfin. Aber wo ist der Graf?

Im Garten. Verzeihen Sie, wenn er Ihnen nicht entgegenkommt. Er weiß noch nichts von Ihrer Ankunft und — die Zeit hat auch mit ihm gewirkt. Gestalt es Ihnen, daß ich Sie zu ihm begleiten darf?

Wir wollen ihn überraschen. Es geht ihm doch gut?

So gut, wie es einem Herrn von mehr als sechszig Jahren gehen kann, der's ab und zu mit der Gicht zu tun hat. Aber — Gräfin Lydia wollte noch eine Frage tun, die sie unterdrückte. Fräulein Babette, sagte sie, lassen Sie uns gehen. (Fortsetzung folgt.)

dem Goethe in dem „Urmorten“ sagt, daß er nur ist: „ein Wollen, weil wir eben wollten, und vor dem Wollen schweigt die Willkür Hilfe.“

Politische Rundschau.

Deutschland.

Eine Herbsttagung des Reichstags.

Aus dem Reichstage wird uns mitgeteilt, daß bei den Mehrheitsparteien, die sich auf die Kriegszieleinsparung geeinigt haben, allgemein der Wille besteht, dem Reichstag unter keinen Umständen länger als bis zum ersten Drittel des September auseinanderzugehen zu lassen.

Es scheint uns selbstverständlich zu sein, daß in der gegenwärtigen Situation ganz unmöglich das Parlament auf längere Zeit ausgeschaltet werden kann.

China.

Sturm auf Peking.

Aus Shanghai wird gemeldet: Die Republikaner haben am Morgen des 13. Juli, um 4 Uhr, die Erklärung Pekings begonnen. Sie benutzten dabei Artillerie, Maschinengewehre und Flugzeuge. Sechs Fremde sind bisher verwundet worden. 3000 Mann von der kaiserlichen Streitmacht sind gefangen genommen worden.

Die „Times“ erzählt aus Peking: Nach einer Beschießung, die 9 Stunden andauerte, hörte das Feuer auf. Sjang Hsun, der monarchistische General, befindet sich in der niederländischen Gesandtschaft; er hat seinen Leuten versprochen, sich zu ergeben. Verschiedene Fremde haben Verwundungen erlitten; der sonstige Schaden ist unbedeutend. — Ein weiteres Telegramm aus Shanghai besagt: Nach einer Weibung aus dem republikanischen Hauptquartier sind 3000 Mann der kaiserlichen Truppen im Tempel des Himmels nach einem Gefecht, das zwei Stunden andauerte, gefangen genommen worden. General Sjang Hsun ist in das Gebäude der niederländischen Gesandtschaft geflüchtet. Der Kampf mit dem übrigen Teil der kaiserlichen Truppen dauert fort. In der Stadt wütet ein heftiger Brand.

Das Regierungsorgan in Tientsin hat einen Preis von 100 000 Dollar auf den Kopf des Generals Sjang Hsun ausgesetzt.

Ernährungsfragen.

Die trostlosen Zustände auf dem Ernährungsgebiet veranlassen den „Vorwärts“ zu folgenden Ausführungen: Eine ungeheure Erbitterung hat sich der Groß-Berliner Einwohnerwelt bemächtigt. Trotz aller Erfahrungen der drei Kriegsjahre, trotz aller „Organisation“, trotz aller Anordnungen und Verfügungen weiß die übergroße Mehrzahl der Berliner Familien nicht zu Obst und Gemüse zu kommen. Die Markthallen sind schon in der Frühe leer, die Läden, sofern sie etwas haben, alsbald ausverkauft. Frauen, die ihrem Erwerb nachgehen müssen, wissen überhaupt nichts zu erheischen, auch nicht nach hundertlanger Jagd. Ausfuhrverbote von Landräten und sonstigen Behörden verhindern die Zufuhr nach den Verbrauchszentren. Das, was nach Berlin kommt, wird verwestert, geschlechtshandelt, von zahlungsunfähigen Leuten auf dunklen Wegen zum Zwecke des häuslichen Einkommens zusammengetragen. Wenn man die Zustände, die bezüglich der Obst- und Gemüseversorgung in Groß-Berlin herrschen, als Anarchie bezeichnet, so ist dieses Wort nicht zu scharf. Unfähigkeit, Unerschlossenheit, mangelnde Sorgfalt bei den berufenen Behörden, unpolare Behandlung und Raffgier bei den Zahlungsunfähigen, träge Prüffähigkeit bei einem erheblichen Teil der Produzenten und der Großhändler sind die Hauptursachen. Die Verbraucher sind die schuldlosen Opfer unserer in ihrem ganzen Wesen verfallenen Einrichtungen.

Wie wir erfahren, sind weit über eine Million Büchsen aus den vorjährigen Konjunkturporträts vorwiegend an Kurorte und Bäder verteilt worden, weil das Quantum zu einer allgemeinen Verteilung nicht ausreichte. Also die Kurorte und Bäder, die meistens von landwirtschaftlichen Produktionsgebieten umgeben sind und in denen es nach der Befragung aller, die es zu beobachtender Gelegenheit hatten, immer noch verhältnismäßig reichlich zu sehen gab, mußten auch noch die Konjerven erhalten, statt daß man sie etwa dem notleidenden Berlin, unfernwegem auch einem anderen in ähnlicher Lage befindlichen Industriegebiet gänzlich! Daß dies „die Höhe“ sei, darf man nicht einmal sagen; denn man muß hündlich noch schlimmere Dinge gemerkt sein.

Eine hohe Nahrungswirtschaft

Man hat sich in folgender, einem weit verbreiteten Berliner Blatte entnommenen Anzeige: „Richtig für Trostkeren! Wer übernimmt künftighin in Verberb liegende Lebensmittel den Transport zur Trostkeren? Kubow, Berlin, Kollnische 16.“ — Wenn es sich nicht um das Stadt-Konjunktionsverhältnis verordnete Sauerkraut handelt, zeigt dieser eine Fall im Verein mit den übriggebliebenen Kriegsmaschinen recht deutlich, wie wenig unsere vielgestaltigen Ernährungsorganisationen ihren Aufgaben gewachsen sind.

Verheerende Gemüseversorgungswirtschaft.

Der Berliner Magistrat verteilt seit einiger Zeit Gemüsekonjerven, aber die Bevölkerung merkt nichts davon, weil diese Konjerven nur an Geschäftshäuser und zwar auf besondere Begehren abgegeben werden. Bisher glaubte man, die öffentliche Bewirtschaftung erfolge zum Zwecke einer gleichmäßigen Verteilung und Verteilung an die Bevölkerung. Wir sagen jetzt, daß das irrig war, und daß jetzt eine Kommunalverwaltung im Falle an der Bevölkerung besser geeigneter Klassen indirekt mitwirken nicht zuträglich kann. Zwar sieht sie sich mit dem Hinweis zu verteidigen, daß nur Konjerven in Schwarzhandel veräußert werden seien, weil bei längerer Lagerung deren Verderben zu befürchten sei. Aber diese Entschuldigung ist nicht stichhaltig — im Gegenteil: mancher Geschäftsmann wird diese Konjerven nach Möglichkeit als Vorrat zurückschicken und damit die Straße nicht mitübersätteln. Nur über die Stadt hinaus Konjerven an die Einwohner verteilt, so darf sie gewiß fern sein, wenn sie irgend etwas ihre Beschwerden vorbringt. Denn so

gut mit Gemüse versorgt sind die Haushaltungen jetzt leider nicht, daß sie sich das Konjervengemüse für besondere Gelegenheiten aufbewahren könnten.

Wie das „Durchhalten“ erleichtert wird.

Mit welcher manchmal jynischen Offenheit die Lebensmittelwucherer ihr Handwerk betreiben, beweisen nachfolgende Inserate:

Selbst bei dieser großen Hitze haltbaren Aufschnitt, bestehend aus geräucherter Kaninchen- und Krabbenfleisch vom Koch, vorzüglich in großen Mengen frisch aus dem Rauch täglich abzugeben per Pfund zu 8,25 Mk. bezw. 4,50 Mk. Probepackete gern zu Diensten. S. Riß, Hamburg, Sünderposten 8, 3. Tel. 12462.

Vorstehendes Inserat finden wir in der Zeitschrift für Obst- und Gemüsehandel. Auch das folgende ist dem gleichen Blatt entnommen:

Schöner als vom Rind ist mein Knochenfleisch rotschmitt. Hamburger Rauchfleisch vom Koch, vorzüglich im Geschmack, a Pfund 4,90 Mk., franco liefert in 9-Pfd.-Postfakti nur gegen Nachnahme und an Selbstverbraucher. Marcus, Berlin, Stolpischstr. 40.

Im Allgemeinen Nahrungsmittel-Anzeiger steht diese Anzeige:

Verkaufe reinen Bienenhonig, das Pfund zu 12 Mark, gegen Nachnahme. Jos. Oberle, Hub bei Ottensmeyer.

Kaninchen- und Krabbenfleisch zu 8,25 Mk. das Pfund und Rindfleisch zu 4,90 Mk. sind eine hübsche Leistung. Ungeheuerlich ist der Preis von 12 Mk. für Honig! Man weiß nicht, was mehr bemundert werden muß: die Frechheit, mit der die Firmen ihre Wiederpreise veröffentlichten, oder die Kühnheit, mit der sie sich über alle Verordnungen hinwegsetzen!

Urras 1917.

2.

1. Der erste Anprall.

Aus dem Großen Hauptquartier wird uns geschrieben:

Im Abend des 9. April hatte sich die Wucht des feindlichen Angriffs in sich selber verzehrt. War es der über Erwartetes große Munitionsverbrauch, waren es die blutigen Verluste, die den Gegner zu einer Atempause zwangen, die Nacht verlief jedenfalls ruhig.

Auch am nächsten Tage fühlte sich der Gegner nicht stark genug, die Gewinne des ersten Schachtages in allgemeinem Nachstoß zu vergrößern. Er vereinigte vielmehr alle seine verfügbaren Kräfte zu einer mit allem Nachdruck, dessen er noch fähig war, geäußerten Unternehmung gegen denjenigen Punkt, der für ihn im Augenblick der wichtigste sein mußte. Das war der Höhen von Campour vollkommen. Sollten diese gehalten werden, so mußte Monchy fallen und im Anschluß daran Gueppe, Bancourt und Heninel.

In den Morgenstunden des Dienstag raste der Gegner daher zunächst den in Linie Fenchy—Jancourt verlaufenden sogenannten Monchy-Riegel, eine unserer rückwärtigen Stellung, teilweise auf.

Nachdem er so freies Feld gegen die Höhe von Monchy gewonnen hatte, schickte er gegen die ganze Front von der Scarpe bis Heninel starke Angriffe an, die durch Reiterei und Tanks verstärkt wurden.

Die Kämpfe, die mit ungeheurer Erbitterung bis in die Nacht hinein dauerten und dem dicht anlaufenden Feinde schwere Verluste kosteten, endeten damit, daß unsere Stellung im allgemeinen nicht behauptet wurde. Unschicklich herbeizurufen und schließlich Monchy und bei Bancourt.

In den Morgenstunden des 11. April loderten die feindlichen Angriffe südlich der Scarpe sofort wieder auf. Diesmal gelang es den Engländern, Monchy zu nehmen und gegen die tagsüber einziehenden Gegenangriffe zu behaupten. Dagegen hatten die gleichzeitig fortgeschritten, mit 15 Tanks begünstigten Stöße der feindlichen Massen auf Bancourt und Heninel auch bis zum Abend des 11. April keinen Erfolg.

Der Verlust von Monchy machte jedoch die Zurücknahme unserer Linie südwestlich dieses Ortes um etwa einen Kilometer notwendig, wollte man den Gegner nicht im Rücken haben. Wir gaben daher in der Nacht vom 11. auf den 12. April Bancourt planmäßig auf, behielten aber den Westrand von Heninel in dem Bereich unserer Widerstandes. Der hierdurch zum Ausdruck kommende endgültige Verzicht auf Monchy ging auf Ermögungen zu, die auch nördlich der Scarpe zu einer freiwilligen Verteilung unserer Linie führen sollten und inhärent der Gewinnung eines neuen Verteidigungsgerippes den Vorzug verschafften vor Verlusten, die in verlustreichen Gegenangriffen Gelände zurückgewonnen, das nun einmal verloren war.

Nördlich der Scarpe hatte nämlich der Widerstand der Freuen- und Bagernregimenter am 9. April zwar den überlegenen Feind zum Halten gezwungen, gleichzeitig aber eine Linie geschaffen, die ihn im weiteren Verlaufe der Kämpfe eine starke Hinderniswirkung auf die vorziehenden Massen bei Bailleul und Gueppe in Richtung Süd-Nord unter gleichzeitigem Frontaldruck in Richtung West-Ost erlaubt hätte, dem zu begegnen entschlossen wir uns am 12. April, in eine neue Linie zurückzugehen, die in einer vor mehr als Jahresfrist vorbereiteten Rekonstruktion erwünschte Anlehnung fand.

Der Verlust südlich von Norden her folgende Geländeteile ein: Bancourt von Lens, Voion, Marcourt, Achenville, Arleux an Gueppe, Oppa, Nivard von Gueppe und endlich Koey. Sie vereinigt sich westlich Maulin de Beloes mit unserer neuen Linie südlich der Scarpe.

Die Zurücknahme unserer Front, die unter Rückführung oder Sprengung unserer Materialen und vom Feinde völlig ungehindert vollzogen wurde, erfüllte ihren Zweck vollkommen. Sie gab uns die Möglichkeit der Verteidigung in einer selbstgewählten starken Linie, bezahlte den Gegner der unmittelbaren Einsicht in unsere Stellungen von den Höhen und Stützpunkten herab und setzte ihn außerstande, sich weiter seiner bisherigen ausgeübten Artilleriepositionen zu bedienen. Er mußte zur Erzielung günstiger Schußweiten seine Batterien teils bis fast auf die Höhen, teils bis über die Höhen herunter ins Tal vorziehen und kam dadurch zum Teil mit seinen Batterien wie mit seiner Infanterie in den Wirkungsbereich unserer Beobachtung. Endlich gewonnen wir dadurch, daß wir ihn zu einem neuen Aufmarsch seiner Kampfmittel zwangen, selber Zeit genug, uns in aller Ruhe einzurichten und für neue Angriffe vorzubereiten.

Wie glücklich diese Maßnahme war, beweist allein der Umstand, daß mit ihrem Vollzug dem Anprallserfolg der Engländer ein Ziel gesetzt war. Sie erreichte es, da es nichts Kennenswertes war.

Unsere Verluste waren bis zum 12. April entsprechend dem Aufmarsch an Munition und Einsatz an Infanteriemassen seitens des Gegners hauptsächlich an Bewegungsmitteln geringfügiger Art, während der Verlust an Kampfmitteln nicht dem bei jedem neuen Durchbruchserfolge unter dem heutigen Anmarsch an Artilleriemunition gemessen werden muß.

Die Gefolge, die am 9. April nicht mehr geborgen werden konnten, waren schon zuvor vom Feinde zerstreut oder von der eigenen Schreiwand gefangen worden.

Die Engländer mußten ihre Erfolge mit ungeheuren Blutopfern in den Reihen ihrer massenweise eingesetzten Infanterie bezahlen. Bei Bailleul, Gueppe und Heninel vergraben sich die

panzerbüchse den Bahnhöfen ihrer Führer mit Vernichtung. Die eingezogenen Tanks setzten nun uns beschaffen teils wieder um, teils beendeten sie ihre Laufbahn innerhalb oder vor unseren Linien in unserem Feuer, wo sie wie gespensterhaft im Sturm erstarre Schiffe stehen blieben.

Was der Feind im ersten Anprall seiner Offensive erreicht hat, war ein Geländegewinn, dessen taktische Bedeutung durch Maßnahmen unserer Führung alsbald ausgeglichen wurde. Dafür war er um seine reichste Hoffnung betrogen, im ersten und daher kräftigsten Anlauf unsere Reihen leicht durchbrechen zu können. Wie sollte ihm dies gelingen, wenn ihm Überbrückung und Überlegenheit der Kräfte nicht mehr zur Seite standen?

In den Krallen des französisch-englischen Imperialismus.

Die russische Korrespondenz „Pravda“, die von der ausländischen Vertretung der Bolschewiki in Stockholm durch Karl Radek herausgegeben wird, stellt die gegenwärtige russische Offensive als das Ergebnis der vollständigen Abhängigkeit auch des revolutionären Rußlands vom ausländischen Kapital dar. Sie verweist eintreffend darauf, daß zuerst Albert Thomas, die Pariser und die Londoner Presse die russische Offensive anklagend konnten, während man in Petersburg und Kronstadt erst am 3. Juli davon erfuhr. Sie erinnert dann daran, daß die Veroffentlichung der Geheimverträge, die Zerstückelt am 14. Mai binnen einer Frist von längstens 14 Tagen versprochen, noch immer nicht erfolgt ist, weil man der Welt nicht zeigen will, wie die Republik der französischen Vorkriegsjahre die starken Arme der russischen Bauern vom Zaun für blankes Geld mickete. Obenwiegend habe die Politik, durch diplomatische Verhandlung mit den Regierungen der Entente den Frieden näher zu bringen, bisher Erfolg gehabt.

Im Anschluß an diese Feststellung fährt die „Pravda“ fort: „Es mußte so kommen. Nicht weil die revolutionäre Regierung Rußlands ohnmächtig der Entente gegenüber war. Selbst wenn sie auf diplomatischem Wege die französische und englische Regierung zu Friedensverhandlungen bewegen wollte, hätte sie Mittel dazu in der Hand. Würde sie fest erklärt haben, daß sie alle Verträge veröffentlichen, daß sie den Staatsbankrott erklärt, falls die Entente an den Verhandlungstisch sich nicht setzt, so würden schon heute die Friedensverhandlungen begonnen haben. Denn die Ententeregierungen hätten nicht nur die Gefahr gefürchtet, daß ihr Proletariat sich gegen die enthüllte, demaskierte, imperialistische Raubpolitik wenden würde, sondern daß sie von einer Revolte des französischen Kleinbürgertums hinweggeschwemmt würden.“

Die russischen Anleihen befinden sich in Frankreich zum großen Teil in den Händen des Kleinbürgertums. Die Kunde, daß sie alle um ihre ihnen dank den Herren Ribot u. Co. abgekauften Großen gekommen sind, würde die französischen Kleinbürger rasend machen. Und was der Bauer, der Studier vermag, wenn er um seine Expanz gekommen, das weiß die französische Regierung gut. Warum wagen die Sozialpatrioten in der russischen Regierung diese Politik nicht, wenn sie sich schon entschlossen haben, den Frieden an dem Wege der diplomatischen Verhandlungen zu erstreben? Weil sie Gefangene der eigenen Kapitalisten sind! Sie wagten nicht, die finanziellen Bedürfnisse der Revolutionierung durch Beschlagnahme der Bantens, Zwangsanleihen zu decken, so mußten sie sich bettelnd an die Regierungen der Entente und die Finanz von Paris, London und Washington mit der schändlichen Bitte um Anleihen wenden. Triumphierend konnte die „Washingtoner Post“, das Organ Wilsons, und die „Londoner Morning Post“, eines der einflussreichsten Organe des englischen Imperialismus, mitteilen, daß sich die Russen bei der Unterzeichnung der Anleihe zur Offensive verpflichtet hätten. Und wie sie heute dem Kapital an den Klagen nicht zu gehen wagen und deswegen das Blut des russischen Bauern und Arbeiters verpfänden, so wollen sie auch für die Zukunft dem russischen Kapital die Hilfe des amerikanischen, französischen und englischen sichern. Und das ist die Kette, die sie an den Wagen der Entente bindet. Die Entente hält die russische provisorische Regierung fest in den Klauen. Und das russische Bauerntum, die Kleinbürger der Stadt, ein Teil des Proletariats vertrauen noch der provisorischen Regierung, in der sie ihre Vertreter haben: die Kerenski, Tschernom, Stobolew und Terestelli. Die Entente fordert eine russische Offensive. Sie braucht sie nicht nur aus militärischen Gründen als Mittel gegen die deutschen Heere, sie braucht sie noch viel mehr gegen die eigenen Proletariat. Die „verfluchte russische Revolution“ habe den Friedensgeist in den Massen der französischen Soldaten mehr gesteigert, als drei Jahre der Kriegsentbehrungen, klagte bitter der ehemalige Revolutionär Herbe in der „Victoire“. Man mußte durch den blutigen Nebel der russischen Offensive das Bild des sich befreienden, um den Frieden ringenden Volkes verhüllen. Darum kam die Entente nicht nur mit dem Schloßmesser und dem Ruf: Geld oder Blut! Sie ließ auf die russischen Arbeiter die französischen, englischen und belgischen Sozialpatrioten los. Was die Arbeiter nicht ausprechen, das sollten die Vandervelde, Thomas, Henderson, erschleichen, ergattern. „Die Rettung der Demokratie, die Zerstörung des preußischen Militarismus“, alle die alten angeleglichen Kriegsziele der Entente wurden der jungen, naiven, russischen Arbeiterklasse vorgehalten, um sie vor den Wagen der räuberischen Politik zu spannen. Sie zeigten das Martirium Belgiens, von dem kein Stein übrig bleiben würde, falls ein deutscher Nützling erzwungen würde, um Mesopotamien, Arabien, Armenien, die afrikanischen Kolonien, all die wirklichen Kriegszwecke zu verhüllen. Aber alle diese Kräfte würden nicht helfen, wenn das Proletariat, die Armee zu entscheiden hätten, ob sie eine Offensive wollen. Deshalb leugneten die Führer der russischen Sozialpatrioten das Bedürfnis der Offensive. Das russische Volk mußte überrumpelt werden. Deswegen veranfaßten sie das Trommelfeuer gegen die Bolschewiki, damit man das Rollen der nach der Front transportierten Kanonen nicht vernehme.

Welche innerpolitischen Wirkungen in Rußland die Offensive erzeugen werde, bleibt abzumachen. Einstweilen sehe ihre außenpolitische Wirkung fest: die Arbeitermasse Mitteleuropas würde angesichts der Revolution, die an der Schwere des englisch-französischen Finanzkapitals zappelt, den Glauben an die russische Revolution verlieren, und der Tag des Friedens sei weit hinausgeschoben.

Aus dem Gerichtssaal.

Wieder zwei Maltschieber verurteilt. Die Strafkammer des Landgerichts Regensburg verurteilte den Brauereibesitzer und Oberleutnant Schiller aus Regensburg zu 15 000 Mark und den Großbrauereibesitzer Coora aus Fürth zu 51 000 Mark Geldstrafe wegen Maltschiebungen.

Aus Nah und Fern.

Familientragödie. In Augsburg tödete am 14. Juli, morgens 5 Uhr, der Kaufmann A. Gädler im Fremdenzimmer eines Gasthofes seine Ghehrn au und seinen 3 1/2-jährigen Sohn und floh dann.

Feuersbrunst in Haparanda. Die Kopenhagener „Berlingske Tidende“ meldet aus Stockholm: Die Stadt Haparanda wurde von einer großen Feuersbrunst heimgesucht, wodurch ein ganzer Stadtteil in Asche gelegt wurde. Das deutsche Konsulat und das Telegraphenamt, die beide in diesem liegen, wurden jedoch gerettet; zwei Kinder kamen ums Leben.

— Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Samlich in Lübeck.